

KULTURSEKTOR.

Institut f. Zeitgeschichte
München
ARCHIV

798/52

00000000

25-30013-a

Die Aufmerksamkeit und Forderung, die der RK dem kulturellen Bereich widmen wollte, drückt sich auch nach seinen Intentionen bestimmt nicht im Kulturkammergesetz aus. Dieses kann einen günstigen Einfluss gestatten, wenn es sich auf die materielle Forderung der Kulturschaffenden und auf die Ermöglichung einer gründlichen fachlichen Ausbildung des Nachwuchses beschränkt. Wenn sie aber das Schaffen der Künstler lenken will, führt sie notwendigerweise zu einer Erstarrung und Verflachung der künstlerischen Leistung. Die Vorbereitungen zum Kulturkammergesetz wurden von eigens aus Berlin Propmin, nach den Haag entsandten (Fachleuten) getroffen. Der RK wusste vorerst nichts davon. Als er darauf kam sistierte er vorerst die einseitig von deutscher Seite gemachten Planungen. Darüber kam es zur ersten Auseinandersetzung mit Dr. Goebbels. Inzwischen schaltete sich aber die Sicherheitspolizei in das Kulturleben ein. Sie behauptete, dass auf Sprechbühnen und Varietes deutschfeindliche Programme und die Verspottung deutscher Einrichtungen vorkommen, zensurierte die Vorstellungen und verbot Darstellern aufzutreten. Ähnlich verfuhr sie mit Kunstaustellungen, die sie auf entartete Kunst überprüfte. Ja später beschlagnahmte sie solche von ihr beanstandete Bilder auch in Museen. Der RK hat eingegriffen und die Bilder wurden den Museen z.B. Boymannsmuseum wieder zurückgegeben. So betrieb das Eingreifen der Sicherheitspolizei die Schaffung einer staatlichen Organisation der Kulturschaffenden, ohne dass sie diesen Zweck in Hinblick auf ihr gespanntes Verhältnis zum Prop. Min. gerade wollte. In dieser Zeit war auch in den Niederlanden ein Prop. Min. errichtet worden, das tatsächlich vor allem Propagandazwecken dienen sollte. Damit war auch die Voraussetzung gegeben eine Kulturkammer und zwar durch die Niederlande zu errichten, die vom Standpunkt der Besatzungsmacht aus zugleich die Ueberwachung dieses Sektors auf allfällige reichsfeindliche Betätigung übernehmen konnte, ohne dass gleich die Polizei einzuschreiten hatte. Tatsächlich hat die Kulturkammer niemals so in das niederländische Kulturleben eingegriffen, wie dies

25-30012-2

nach dem Beispiel im Reich befürchtet wurde, sie hat aber, indem sie sich um die Lebensbedingungen gewisser Kreise z.B. der Musiker kümmerte und auch für fachliche Ausbildung sorgte, zweifellos fördernd gewirkt. Als es klar war, dass es zur Errichtung der Kulturkammer kommen werde, hat der RK den Plan gefasst, unabhängig von dieser Organisation einen Kulturrat zu schaffen, der die Aufgabe hatte, in Beobachtung des kulturellen Lebens Anregung zu geben. Dieser Kulturrat war dem RK unmittelbar unterstellt, damit war er bewusst, als ein Organ gedacht, dass der schematisierenden und bürokratischen Tendenz der Kulturkammer entgegenwirken sollte. Dr. Goebbels hat gegen die Einwirkung schärfsten Protest eingelegt, und dessen Unterstellung unter den Präsidenten der Kulturkammer gefordert. Der RK hat dies abgelehnt. In den Kulturrat wurden Männer berufen, für die weder die Parteizugehörigkeit bzw. nat. soz. Gesinnung ausschlaggebend waren. Von seiner Seite wurde der RK auf manches aufmerksam gemacht. Zur vollen Entfaltung kam er nicht, aber auch nicht die Kulturkammer im Sinne ihrer Initiatoren. Die Weise in der der RK seine Aufmerksamkeit dem niederländischen Kulturleben widmen wollte, ergibt sich aus der Entwicklung auf 2 Gebieten, der Musik und der Malerei. Dem Konzertgebouw Orchester wurde grösste Schonung - soweit im Rahmen oder nat. - soz. Prinzipien möglich - zu teil. Jüdische Mischlinge und jüdische Versippte blieben im Orchester, deren Angehörige von jeder Beschränkung frei z.B. der 1. Konzertmeister. Deutsche Orchestermitglieder möglichst vom Militärdienst freigestellt, z.B. der 1. Flötist. Von Arbeitseinsatzaktionen wurden Ausnahmen gegeben. Dem RK wurden unter Hinweis auf die Orchesterhältnisse im Reich darob wiederholt ernste Vorhalte gemacht. Die Leitung blieb unverändert bei Mars Oyens und Dr. Rudolf Mengelberg, beide haben mit Nationalsozialismus nicht das Geringste zu tun. Um die Jahreswende 1944/45 ereignete sich im Vorstand ein gegen die Besatzungsmacht gerichteter Demonstrationsfall. Polizei und andere Instanzen wollten auch in die Leitung des Orchesters eingreifen. Der RK liess dies nicht zu. Die Grosszügigkeit der künstlerischen Leistung gegenüber bewies der RK dadurch, dass er zu-

28-300/3-3
liess, dass im Jahre 1941 Gustav Mahler und 1944 Tschaikowsky
gespielt wurden. Aber auch die übrigen Orchester hielten bzw.
erreichten einen Stand, der in den Niederlanden kaum - über-
troffen worden war. Abgesehen von den Konzertgebern und dem
erstklassigen Residenzorchester und dem Rotterdamer Philhar-
monikern hatten Utrecht, Arnheim, Groningen und Maastricht
durchaus gute Stadtorchester und das grosse Rundfunkorchester
in Hilversum kam an Qualität dem Concertgebeworchester nahe.
8 - 9 erstklassige - darunter Spitzen - oder doch gute Orchester
gab es unter der Verwaltung des RK in den Niederlanden. Dies
wurde dadurch erreicht, dass die Gehaltsätze der Musiker ent-
sprechend festgesetzt wurden. Bisher mussten sich die meisten
mit Stundengeben durchbringen und konnten sich nicht voll der
Orchestertätigkeit widmen. Auch Instrumentalisten für Mängelbe-
setzungen z.B. Bläser wurden geschaffen. Diese reiche Musiktätig-
keit hat den Holländern bestimmt Erholung auch aber geistige
Stärkung gebracht. Der RK besuchte selbst die Konzerte, wählte
seinen Platz (obere Estrade) so, dass seine Abwesenheit die Auf-
merksamkeit der Zuhörer nicht ablenkte. Als Erfolg muss die Ein-
richtung einer ständigen Bühne in Amsterdam betrachtet werden.
So etwas gab es in den Niederlanden bisher noch nicht. Der RK
regte die Gründung an und entschied für die Stadt Amsterdam als
Leitung und gegen das Ministerium um dadurch die unbeeinfluss-
barere niederländische Leitung zu sichern. Die Aufführungen nah-
men dauernd an Niveau zu. Auf diesem Wege fortschreitend könnte
die Amsterdamer Oper bald in der Reihe der ersten Kontinental-
bühnen stehen. Eine gesunde Konkurrenz mit dem vom RK in den Haag
gegründeten deutschen Theater, das mit grösseren Mitteln arbeitete,
fiel nicht immer zu Gunsten des deutschen Theaters aus. Vielleicht
ist ein Vorfall für die Art der Einstellung des RK bezeichnend.
Die Amsterdamer Oper begann ihre Stücke in der bisher nicht ver-
wandten niederländischen Sprache zu spielen. Manche deutsche Krei-
se sahen darin eine Demonstration. Der RK liess sich auf eine Ein-
flussnahme nicht ein, obwohl nach seinem Empfinden die niederlän-

25 50913-4

dische Sprache, so wirksam sie in der Rede ist, sich als gesun-
genes Wort wenig eignet. Unter Hinweis auf das Sprachentalent
der Niederländer regte er an, die Opern möglichst im Original-
text zu bringen. Einige Aufführungen in diesem Sinne ergaben her-
vorragende Erfolge und eine nicht leicht zu wiederholende Lei-
stung einer europäischen Bühne. Auf dem Gebiete der Malerei regte
der RK an, dass möglichst viele Ausstellungen veranstaltet werden.
Er setzte sich auch dafür ein, dass diese im Reich gezeigt wurden.
Das Können der niederländischen Maler - ganz abgesehen von den
Spitzenleistungen eines Slujters - ist ausserordentlich gross.
Durch diese Ausstellungen steigerte sich der Verkauf zeitgenös-
sischer Bilder und ihre Preise. Bisher verdienten die Maler recht
bescheiden. Der RK kaufte selbst Bilder ohne propagandistische
Note, er bezahlte nicht jeden Preis. Der Geschmack ist verschie-
den, jeder habe seinen. So besserte sich die Lage der niederlän-
dischen Malerschaft noch vor den späteren inflationistischen Er-
scheinungen.

Der historische Stadtkern von Middelburg war im Mai 1940
zerstört worden. Das berühmte Rathaus und die Abtei konnten re-
stauriert werden. Verschiedene Pläne lagen vor.

Die staatliche Kunstbehörde war für eine getreue Restau-
rierung, obwohl die Anlage der neuen Strassenflucht am Hauptplatz
dem entgegensprach. Eine andere Gruppe wollte das seinerzeit
nicht mehr fertiggestellte Bauwerk jetzt im ursprünglich gedachten
Originalumfang erstehen lassen. Der RK berief alle interessierten
Fachleute zu einer Besprechung nach Middelburg. Die Meinungen gin-
gen hin und her, nicht immer nur von künstlerischen Rücksichten
geleitet. Am Schluss erwartete man eine Entscheidung des RK. Die
staatlichen Kunstkonservatoren, die für die einfache Restaurierung
waren, besorgten, der RK werde für den umfassenden Neubau entschei-
den, für den der Präs. des Kulturrates eintrat. Der RK entschied
gar nicht. Er erklärte die Frage für zu ernst, als das er entschei-
den könne, er empfahl auf Grund der geseigten Pläne die Wiederher-
stellung in einem möglichst weiten Kreis der Oeffentlichkeit zu

25-30013-5

behandeln. Er ordnete aber an, dass sofort das nötige Baumaterial (Zement und Eisen) zur Verfügung gestellt werde, um die Erhaltungsarbeiten durchzuführen, und regte an, der Staat möge jeden Mittelburger Bürger, der sein Haus wieder aufbauen wolle, einen entsprechenden Bauzuschuss zugeben, damit neben den ökonomischen auch die historisch künstlerischen Momente gewahrt werden könne.

Der weltberühmte staatliche Gemäldebseitz (Ryksmuseum) (Franz Halsmuseum, Mauritshous, Boymanmuseum etc.) war in sehr gut gebauten Bunkern in den Dünen bei Ymuiden untergebracht. Als der Befehl zur Befestigung der Küste gegeben wurde, war es klar, dass diese Aufbewahrung nicht in Frage komme. Wenn nichts anderes vorgefallen wäre, so hätte eines Tages die Wehrmacht diese Bunker beschlagnahmt. Der RK gab daher Gen. Sekr. van Dam den Auftrag andere Unterbringungsmöglichkeiten zu schaffen. Betonte aber, dass die ganze Angelegenheit eine Sache der niederländischen Kunstverwaltung bliebe. Es wurden in der Folge ausgezeichnete Unterbringungsmöglichkeiten im Rathausberg bei Maastricht und ein Bunker bei Zwolle geschaffen. Die weltberühmten Gemälde wurden dort versorgt, alles in niederländischer Regie, ein Deutscher hatte damit nichts zu tun. Als im Herbst 1944 der engl. amerikanische Vorstoß gerade nach Limburg ging, wurde dem RK nahegelegt, die Bilder ins Reich zu schaffen, man erinnerte an das Schicksal des Bilderteppichs Baylloux in Caen. Der RK lehnte ab, es handle sich um niederländisches Nationaleigentum, wenn die Bilder in Feindeshand fallen, werde sich die niederländische Regierung darum kümmern. Er sorgte nur für eine entsprechende Bewachung durch Niederländer und die Anwesenheit eines entsprechend ausgewiesenen Museumsbeamten zur Betreuung derselben. Auf Grund dieses Vorfalles verlangte das Propmin. nunmehr den Abtransport aus Zwolle ins Reich. Der RK lehnte ab.

Zwei kleinere Begebenheiten. Bei einer Besichtigung des Stellungbaues in Arnheim wurde dem RK ein Glasbecher gläublich aus 1628 überreicht, in Materie vielleicht weniger wertvoll,

25-30013-6
scheint er von grösserer historischer Bedeutung zu sein. Der RK liess den Besitzer bzw., die Bergungstelle möglichst feststellen und den Becher samt Protokoll der niederländischen Museumsverwaltung übergeben. Um diese Zeit wurden aus einem Arnheimer Haus einige Bilder aus der klassischen Zeit - angeblich Rubens und Rembrandt- der RK bezweifelte die Echtheit und nimmt die Möglichkeit der Schule an - nach Appeldorn geborgen. Der RK liess ein genaues Protokoll aufnehmen und die Bilder samt Protokoll in einem Banksafe in Ahnelo- da sich gerade die Gelegenheit ergab deponieren. Der RK hat für sich persönlich, obwohl sich die mannigfaltigsten Gelegenheiten ergaben, in Holland kein Bild gekauft auch nicht schenken lassen, bis auf 2 - 3 zeitgenössische Stiche unbekannter Künstler.

Diese Tatsachen können bezeugen:

Von deutscher Seite: Gen.Kom. Dr.Wimmer, Ritterbusch, Ges. Bene, Reichsrichter Schwebel, Präs. Völkers, Dr. Plutzlar, Dr.Bergfeld.

Von niederländischer Seite: Gen.Sekr. van Dam, Dir. des staatlichen Kunsthause^{iert}servatoriums, Mares Oyen, Dr. Rudolf Mengelberg, Dir. Hannema.

ERNÄHRUNG.

Die Aufrechterhaltung eines halbwegs befriedigenden Ernährungszustandes in den besetzten Niederlanden- das einerseits durch die Blockade abgesperrt von den gewohnten und nötigen Zufuhren, andererseits dem zugreifenden Verlangen des selbst an Lebensmitteln knappen Reich ausgesetzt - war zweifellos die schwierigste Aufgabe für den RK. Um zu beurteilen, wie sie gelöst wurde, darf man nur die Zeit bis etwa Mitte 1944 prüfen. Von da ab darf man sich höchstens noch fragen, wie der RK dem für ihn objektiven und unansweichbaren gewordenen Katastrophenzustand begegnete und ob und was er getan hat, die schliesslich unabwendbare Totalkatastrophe doch noch abzuwenden.

Die niederländische im besonderen holländische Ernährungs-

06000

25-30013-7

wirtschaft ist höchst spezialisiert. Auf der Basis einer in die
vielen hunderttausend Tonnen gehende Futter und Rohstoffeinfuhr
entwickelte sich eine der leistungsfähigsten Rinderzucht, Gemüse
und Sämereien, Milch und Fettwirtschaften, dazu eine erstklassige
Sämereiwirtschaft. Holland aber auch andere Provinzen z.B.
Friesland, Groningen und Drinthe wurden Ausfuhrgebiete für Butter,
Zuchtvieh, Schweinefleisch, Eier, Saatgut Gemüse jeder Art. Die
auf der Freihandelsbasis aufgerichtete Wirtschaft verlangte
schliesslich allerdings ein Prämiensystem für die Landwirte, die
vielfach - etwa die Hälfte des Bodens - auf Pachtgrund wirtschafteten.
In den Niederlanden mussten nach der Besetzung auf den
Quadratkm. im kritischen Gebiet - Nord und Südholland mit Utrecht -
über 700 Menschen auf den Quadratkm. ernährt werden. Dabei ist die
durchschnittliche Fruchtbarkeit des Landes nicht grösser als die z.B.
Belgiens. Da dem sehr fruchtbaren Foldermarschen- und Zwischenstromland
die weitausgedehnten Dünen - Heide und Moorgegenden gegenüberstanden.
Sobald mit der Besetzung die Zufuhr aus Uebersee ausfiel, musste die
landwirtschaftliche Produktion umgestellt werden. Wurde bisher für die
Veredlungswirtschaft, also vor allem Viehfutter produziert, so mussten jetzt
für die Menschen Nahrungsmittel erzeugt werden. Dies bedeutete für den
niederländischen Landwirt eine tiefgreifende Umstellung und Arbeitsvermehrung.
Es muss festgestellt werden, dass die niederländische Landwirtschaft mit
Verständnis und Fleiss diese Leistung vollbracht hat und ihr in erster Linie
der Dank dafür gebührt, dass die Niederländer bis Mitte 1944 halbwegs
durchgekommen sind. Die Initiative zu dieser Umstellung ist von deutscher
Seite aus gekommen. Der Leiter der landwirtschaftlichen Abteilung des RK,
Graf Grote und sein Stellvertreter und nach Grotes Soldatentod im Osten-
Nachfolger Min.R. von der Wense werden bestimmt allen niederländischen
Fachleuten in guter Erinnerung sein, als Männer, die etwas verstanden,
auf jeden vernünftigen Einwand eingingen und vor allem für die niederländische
Ernährung eintraten. Sache des RK war es, die Arbeit dieser

00091

Männer, die wohl immer in fachlich bestem Einvernehmen mit den niederländischen Ernährungsapparat gearbeitet haben, zu schützen und zu decken. Die Landwirtschaftsabteilung des RK war jene Stelle, die immer am stärksten von allen Reichsstellen - Reichsminister Backe zeigte immer Verständnis - von der politischen und polizeilichen Seite in den Niederlanden selbst angegriffen wurden. Der RK hat in dieser Frage nie nachgegeben, alle Angriffe - dazu fuhr er öfters persönlich nach Berlin - abgewehrt und so von seiner Seite die wichtigste Voraussetzung für eine geordnete Führung der Ernährungswirtschaft geleistet. Zur Umstellung wurden etwa 230 000 ha Wiese und Weide umgebrochen, hauptsächlich für die Erweiterung der Anbaufläche der Kartoffeln. Die notwendigen Arbeitskräfte wurden der Landwirtschaft belassen. Wie bereits erwähnt wurden bei der Arbeitseinsatzaktion 1943 für die Ernährung über 600 000 Rückstellscheine durch niederländische Stellen ausgegeben und respektiert. Ja diese Scheine wurden bei der Aktion 1944/45 zur Erfassung der Wehrpflichtigen ebenfalls als Grundlage der Rückstellungen genommen. In den landwirtschaftlichen Gebieten mussten die Erfassungen unter Zuziehung Landw. Sachverständiger erfolgen, um den Bauernhöfen die notwendigen Arbeitskräfte zu lassen. Es war dem RK durchaus bekannt, dass sich viele - gewisse über 100 000 Niederländer, um sich dem Arbeitseinsatz zu entziehen, zu den Bauern aufs Land begeben hatten. Tatsächlich haben diese Arbeitskräfte ihren Teil vor allem bei der Einbringung der Ernte (Kartoffel) beigetragen. Der RK ist mit dem H.S.S.u.P.F. darin einig gewesen, diesen (Untertauchern) solange sie sich nicht illegal betätigen, nicht nachzuforschen, sondern sie auf den Bauernhöfen zu lassen. Eine weitere wichtige Frage war die des Kunstdüngers. Die Stickstoffbeistellung hing von der Kohlenenerzeugung ab und von der Menge, die das Reich an Stelle der Munitionserzeugung freigab. Der RK war lange Zeit bemüht, eine gewisse Mehrleistung in Limburg nur für die niederländische Stickstoffherzeugung zu reservieren. Um entsprechende Produktionsanlagen zur Verfügung zu haben, wurden von den Niederländern aus mit Kohle aus Limburg

25-30013-9

die Stickstoffwerke in Belgien hart an der niederländischen Grenze - glaublich Sluiskil- in Gang gesetzt. Die Produktion sollte ausschliesslich der niederländischen Landwirtschaft zu gute kommen. Leider wurde dieses Werk sehr bald durch Fliegerangriffe zerstört. Die Fertigstellung der Eindeichung und Urbarmachung des No.Polders wurde betrieben. Da man auf diesem Neuland mit 30 Doppelzentner Weizenertrag rechnete, intervenierte der RK persönlich beim Führer, um die für diese Arbeiten nötigen Eisen - und Betonmengen freizubekommen. Die zuständigen Stellen verweigerten im Hinblick auf die Rüstungsnotwendigkeiten jede Lieferung. Auf Vorschlag des RK bewilligte der Führer ein gewisses Quantum für einen 3 Jahresbau. Die ersten beiden Jahre dürften ausgeliefert worden sein. Als im Herbst 1944 der No.Polder aus militärischen Gründen geflutet werden sollte, setzte sich der RK durch, dass lediglich der nicht kultivierte Teil aber nicht durch Deichsprengung unter Wasser gesetzt wurde. Im Poldergebiet selbst waren unter den Arbeitern Widerstandsorganisationen gebildet worden. Der H.SS.u.P.F. erklärte eine Ueberprüfung vornehmen zu müssen. Da diese Störungen in die Arbeiter brachte, wurde über Vorstellung des RK von jeder weiteren Aktion abgesehen. Die wichtigste Ergänzung fanden all diese Bemühungen aber in der Erhaltung des niederländischen Ernährungsapparates unter Gen.Dir. Louwes. Es ist schwer zu schildern, welche heftige Angriffe von allen Seiten erhoben wurden und wie immer wieder auf den RK eingedrungen wurde, Gen.Dir. Louwes und seine Apparatur in verlässliche Klüfte umzutauschen. Dabei wurden genügend tatsächliche Beweise für die feindliche, ja illegale Betätigung in dieser Apparatur gegeben. Schliesslich richteten sich diese Angriffe auch gegen den Leiter der Ernährungsabteilung von der Wense und wurden von den obersten milit. und zivilen Dienststellen vorgetragen. Der RK fuhr nach Berlin, legte dem Reichsminister Backe den Sachverhalt dar, lehnte jede Verantwortung bei einem Wechsel ab und setzte seinen Standpunkt durch. Dieser Ernährungsapparat war später auch die Voraussetzung für eine rasche und wirksame Durchführung der Hilfsaktionen, der von der

36000

Gegenseite ohne weiteres akzeptiert werden konnte. Der RK hat
in den Niederlanden einen niederländischen Landstand gegründet,
neber den im folgenden Abschnitt Politik gesprochen werden soll.
Hier wird festgehalten, dass er - auch entgegen vielfachen Wun-
schen- diesem Landstand niemals eine obrigkeitliche Funktion zu-
wies und die Zuteilung allgemeiner Hilfen und Berichtigungen
(z.B. Düngemittel etc.) weder von der Zugehörigkeit zum Landstand
oder Zahlung des Mitgliedbeitrages usw. abhängig machen liess.

Auf diese Weise war es möglich, der Hauptaufgabe in den
Niederlanden bis Mitte 1944 gerecht zu werden. Die Ernteträgri-
se fielen wenig, die für die menschliche Ernährung zusätzlich
zu erzeugenden Nahrungsmittel wurden tatsächlich aufgebracht.
Die Niederlande waren das einzige der besetzten Gebiete, in dem
die Lebensmittelzuteilung so ziemlich funktionierte. Das wurde
auch im Reich anerkannt und war ein wichtiges Argument um weiteren
Anforderungen des Reiches zu begegnen. Der RK hatte den Beauftrag-
ten des Vierjahresplanes gebeten, bei seinem ersten Besuch zu er-
klären, das Reich werde die niederländische Bevölkerung ernährungs-
mässig wie die Reichsbevölkerung behandeln. Diese Zusage wurde
natürlich auf die Dauer nicht gehalten, diente dem RK aber lange
Zeit als Argument, die Versorgung der Niederlande gegenüber dem
Reich nicht zu stark absinken zu lassen. Tatsächlich war sie
lange Zeit ungefähr gleich und sank im Durchschnitt der Nährwerte
nie unter 15% gegenüber der in diesem Kriege anerkanntermassen
guten Ernährung der Zivilbevölkerung im Reich. Jedenfalls betrug
auch die Mindestration weit über 2000 Kalorien, dazu kamen für
Kinder, schwangere und stillende Frauen, kranke Arbeiter usw. Zu-
schläge. Ueberdies gab es öffentlich geförderte Gemeinschafts-
und Werksküchen. Die Ernährungslage im Osten und Norden des Landes
blieb übrigens bis Schluss befriedigend. In den Provinzen Holland
wurde sie um die Jahreswende 1944/45 schwierig ja katastrophal
aus Gründen für die der RK nicht verantwortlich ist, die ihn aber,
sobald er konnte, zu einem entscheidenden Schritt veranlassten.
Die Holländer sollen in der kritischen Zeit nur 800? Kalorien er-

halten haben. Wie entscheidend in dieser Beziehung die Verhältnisse ausschlaggebend sind, ergibt sich daraus, dass Zeitungsnachrichten zufolge im besetzten Deutschland, obwohl es nur die Hälfte der Menschen auf dem Quadratkilometer zu ernähren hat, mehr Menschen als in Holland durch längere Zeit als dort nur 720 Kalorien zugewiesen bekamen. Die Fleischaufbringung hätte immer klaglos vor sich gehen können. In diesem Punkte klappte der Ernährungsapparat nicht. Auch bei Auslieferung der vorgesehenen Quote wären die überaus reichlichen Viehbestände der Niederlande im ganzen nur um 1/4% reduziert, also in der Substanz praktisch nicht angegriffen worden. Alle wertvollen Zuchtstämme wurden auf genügend breiter Basis erhalten. Dies erreicht zu haben, rechnet der RK seiner Verwaltung durchaus als Erfolg an. Bis Mitte 1944 betragen die Mindestrationen - 1800 gr. Brot, 70 gr. Mehl, 150 gr. Nahrungsmittel, 250 g. Zucker, 125 gr. Marmelade, 125 gr. Fleisch, 146 gr. Butter, 50 gr. Käse, 3 kg. Kartoffeln, 1 3/4 l. Milch pro Woche.

Das Reich stellte die Forderung, dass die Niederlande die Versorgung der dort befindlichen Truppe übernehmen, wobei es aber das Brotgetreide (36 000 to.) nachschob, dann wollte es vor allem Gemüse, Kartoffeln, Sämereien und Hülsenfrüchte. Das Ziel, dass sich der RK setzte, war, dass das Reich für die ausgeführten Lebensmittel einen gleichwertigen Ersatz gibt. Eine solche Vereinbarung wurde schliesslich für das Wirtschaftsjahr 1944/45 erreicht. Für das der Wehrmacht nachgeschobene Brotgetreide sollten 200 .000 To Gemüse verrechnet werden, alles übrige aber, was ins Reich geht, vor allem in Getreidelieferungen aus dem Reich ausgeglichen werden. Wahrscheinlich recht beachtliche Mengen gingen über den Schwarzhandel in deutsche Hände und so ins Reich. Gegen den Schwarzhandel ging der RK so energisch vor, als er nur vermochte. Er erinnerte die Niederländer in öffentlichen Reden daran, dass sie den Schwarzhandel in deutsche Hände dadurch ermöglichen, dass sie den Deutschen Lebensmittel schwarz verkaufen, der erste Schwarzverkäufer in diesem Lande müsse immer ein Niederländer sein. Er erliess ein Verbot, Lebensmittel im Reiseverkehr ins Reich auszuführen. Dieses wurde

durch den sogenannten Schlepperlass der Wehrmacht über den Haufen
geworfen. Jeder Wehrmachtangehöriger konnte soviel auf Urlaub mit-
nehmen als er mit sich tragen konnte. Eine Aufhebung dieses Erlas-
ses konnte erst im Jahre 1944 erreicht werden. Holland galt im Reich
als das reiche Land, in dem Milch und Honig fliesst, und zwar auch
bei Stellen - nicht bei Min. Backe- die eine fachliche Einsicht
haben sollten. Gegenargumente wurden als Zeichen einer weichen Poli-
tik abgetan, bis der RK einmal öffentlich im Reich sehr deutlich er-
klärte, das Unterscheidungsmerkmal in der Politik wäre nicht weich
oder hart, sondern dumm oder klug. Zu dieser Meinung im Reich trügen
einige Schlemmerlokale bei, in denen Gäste aus dem Reich für schwe-
res Geld tatsächlich alles bekommen konnten. Der RK hat sie daher
schliessen lassen. Wegen einem - Astoria Amsterdam - kam es zu einem
grossen Krach mit der Wehrmacht. Der RK blieb fest und das Lokal ge-
schlossen. Schliesslich beendeten die englischen Flieger den Streit,
in dem sie das Lokal durch Bomben zerstörten. Dass etwa 25-30% der
Milcherzeugung nicht ordentlich abgeliefert wurden, war für die
Fettversorgung schmerzlich. Ein Grossteil dieser Milch dürfte übrige-
gens zu möglichen Preisen als Frischmilch gerade den minderbemittel-
ten Schichten zugegangen sein. In dieser Frage war der RK daher
nicht so kritisch. Wie aber der Stand des RK und seiner landwirt-
schaftlichen Abteilung war, ergibt sich aus folgendem Fall. Bei ei-
ner grossen Ernährungssitzung im Reich, wurden dem RK die Lieferung
von 1 Million To. Gemüse aufgetragen. Der RK wusste sich nicht an-
ders zu helfen, als dass er lächelnd erklärte, dass die Niederlande
insgesamt 800 000 To erzeugen, aber man werde alles liefern. Diese
Antwort wurde als Verspottung des Vorsitzenden angesehen. Ueber die
Sache weiter nicht gesprochen. Tatsächlich in diesem Jahre etwa
340 000 To Gemüse geliefert. Wenn Sonderbelieferungen kamen, z.B.
Orangen aus Spanien für Kinder, verbot der RK die Beteiligung er-
wachsener Deutscher, auch in seinem eigenen Haushalt.

So ging die Ernährung besser als man hoffen konnte, erträglich
bis Mitte 1944. Dass auch die niederländische Bevölkerung Vertrauen
hatte, ist wohl daraus zu entnehmen, dass bei einer beachtlichen

Ernährungssituation die Zahl der Eheschliessungen und Geburten
trotz der übrigen Massnahmen des RK nicht zugenommen hätten. Ab
September 1944 war es ganz anders, das Land war zum wirklichen
Kriegsgebiet geworden und die Verkehrsverhältnisse zerschlagen.
Der von England aus befohlene Eisenbahnstreik hatte nur eine
mittelbare Wirkung. Er war mit der Zeit der Besetzungsmacht gar
nicht unangenehm, da der Maschinen und Wagenpark vor allem aber
die Verkehrssituation- bei Tage wegen der Fliegerangriffe kein
Verkehr- knapp für den Wehrmachtsbedarf ausreichte. Es wurden
damals sehr schraffe Massnahmen z.B. Isolierung der Grosstädte
erwogen. Der RK orientierte sich an Ort und Stelle, verhinderte
jede Repressalie, auch aufgegriffene Eisenbahner, obwohl nach dem
Ausnahmestand zum Tode zu verurteilen, wurden nicht verfolgt.
Gleichzeitig mit dem Einsetzen des Eisenbahnerstreiks verschwanden
aber alle Binnenschiffahrer mit ihren Kähnen und Schleppern.
Dies war für den niederländischen Frachtenverkehr einschliesslich
der Lebensmitteltransporte viel wichtiger. Da es zu gleicher Zeit
die Verkehrslinien ins Reich andauernd von Fliegern unterbrochen
wurde, glaubte die Wehrmacht sich sichern zu müssen und beschlag-
nahmte Schiffsraum und Lebensmittel. Ersteres durch verschiedene
Stellen z.B. Seetransportkommandantur, Oberquartiermeister usw.
Letzteres auch durch einzelne Truppenteile. So wurde der gesamte
Binnenschiffsraum von glaublich 800 Tc Ladefähigkeit aufwärts
vorerst in Anspruch genommen, bis die benötigte Ladekapazität
und die hierfür nötige Schleppkraft sichergestellt waren. Der
Nahverkehr mit kleineren Schiffen sollte zwar freibleiben, aber
in der ersten Zeit war Unklarheit. Wiederholt hat der RK einge-
griffen, um wenigstens den Nahverkehr in Gang zu halten. Dann be-
fahl die Wehrmacht, dass im holländischen Raum lediglich für 14
Tage Lebensmittel vorhanden sein dürfen. Der RK erwiderte, er
wäre sehr glücklich, wenn er soviel dorten hätte, Kartoffeln müs-
ten aber für 6 Wochen eingelagert werden. Praktisch führen nur
einige Lebensmittelschiffe - auch nicht genügend - übers IJssel-
meer. Der RK verfügte etwa am 20. September 1944 ein Embargo der

00097

Binnenschifffahrt, um der Wehrmacht die Sicherung der nötigen Schiffsparks zu ermöglichen. Sie hatte damals auch die Lebensmittelschiffe und zwar samt Ladung beschlagnahmt. Als die Wehrmacht ihren Schiffsbedarf beisammen hatte, etwa Mitte Oktober 1944, sollte der RK den Lebensmitteltransport wieder organisieren und gab dem Leiter der Verkehrsabteilung im niederländischen ^{WATER} Wa~~ter~~staat nun einen bezüglichen Auftrag. Der war aber verschwunden. Seine Abteilung funktionierte nicht. Nun gab der RK die Anregung Gen.Sekr. Hirschfeld, Gen. Dir Louwes und die Bürgermeister von Amsterdam und Rotterdam sollen den Verkehr organisieren. Da er inzwischen die Holländer kennen gelernt hatte, vermied er, dass seine Anteilnahme bekannt werde, sondern liess die Aktion als einen Antrag des Gen.Sekr. Hirschfeld starten. Er sagte zu, für die nötige Abdeckung gegenüber der Wehrmacht Sorge zu tragen. Tatsächlich kam allerdings nur langsam genügend Schiffsraum und vor allem Schleppraum zusammen. Immer wieder griff der Rk ein, weil Wehrmachtsstellen unmittelbar in die Transporte eingriffen, um sich vor allem Schlepper zu sichern. Tatsächlich wurde durch die Zentralreederei über 200 000 Tc Lebensmittel aus dem Nordosten nach Holland etwa von Ende Oktober bis April gebracht, wobei 3 Wochen Eisperiode für den Transport ausfielen. Als durch diese Frostperiode die Situation noch gespannter wurde, frag der RK bei der ihm jetzt nicht mehr unterstehenden Bahntransportabteilung an, ob sie nicht mit deutschem Personal Kartoffelzüge für die Gemeinschaftsküchen in die Grosstädte Amsterdam, Haag, Rotterdam und Utrecht bringen können. Dies geschah dann auch. Kinderaktionen wurden gefördert. Der RK gab Weisung, dass für 250 000 Kinder in Holland zusätzliche Lebensmittel auf den Deutschen zur Verfügung stehenden Schiffs- und Transportraum zugeführt werden sollen. Die Holländer bes. Mädchen und Frauen bemühten sich in ausserordentlich erkennenswertem Einsatz persönlich mit dem Fahrrad usw. Lebensmittel aus dem Gebiet östlich des Ijssel herauszuholen. Hierdurch kam allerdings die ordentliche Aufbringung durch offizielle Instanzen sehr in

86000

Unordnung. Beim RK wurde daher schon September 1944 und zwar von niederländischer Seite der Antrag gestellt, die Yssellinie für den Verkehr zu sperren. Der RK lehnte dies gegen das Votum aller Instanzen im Hinblick auf die Frostperiode solange ab, bis der Verkehr über das Ysselmeer wieder ordentlich in Gang gekommen war. Diese Sperre setzte glaublich nicht vor dem 1. März ein. Der RK gab den Auftrag, an der Yssel ein entsprechendes Kartoffellager anzulegen, aus welchem sich jeder Holländer zusätzlich ein entsprechendes Quantum holen konnte. Zur Durchführung kam dieser Plan infolge der militärischen Entwicklung nicht. Um die Kartoffelernte sicherzustellen, erfolgte ein Arbeitseinsatz aus den holländischen Städten nach Drenthe und Groningen. Der RK sorgte dafür, dass diese Arbeiter entsprechend der gegebenen Zusage wieder nach Hause zurückkehren konnten, und nicht im Osten festgehalten wurden. Die Hungerkatastrophe in der Provinz Holland im März 1945 ist auf einen Notstand zurückzuführen, in den sich die Holländer - da sie die Weisungen der Emigranten-Regierung befolgten - selbst versetzt hatten. Wenn alle Verkehrsmittel durch Streik ausfallen, sorgt die Besatzungsmacht zuerst für sich! Ende September waren in der Provinz Holland aus der eigenen Ernte zumindest für 10 - 12 Wochen Lebensmittel. Der RK konnte damit rechnen, dass nach Sicherstellung des Schiffsraumes für die Wehrmacht - Mitte Oktober - noch 8 - 10 Wochen für den Binnenschiffahrtstransport zur Verfügung stehen. Die Frostperiode setzt erfahrungsgemäss nach Weihnachten ein. Jede Woche konnten 25 000 Tonne Lebensmittel zugeführt werden, also 200 - 250 000 Tonne bis Januar 1945, damit wäre der Winter bis März glatt zu überstehen gewesen, denn Ende Februar kann die Verschiffung wieder aufgenommen werden.

Wie bereits erwähnt, wurden die im Stellungsbau beschäftigten Arbeiter gut verpflegt. Eine bemerkenswerte Belastung der Ernährungswirtschaft trat hierdurch nicht ein. Die Höchstzahl der

so verpflegten Menschen betrug 80.000. Selbst wenn sie die doppelte Ration bekommen haben sollten, ergibt dies gegenüber etwa 7 200 000 noch verbliebenen Niederländer etwa 2% des Gesamtverpflegbedarfes.

Der RK sah die Unhaltbarkeit der Situation auf die Dauer voraus. Er wandte sich durch Ges. Bene daher an das Auswärtige Amt, dieses möge prüfen, ob für Holland Lebensmittel nicht von auswärts zugeführt werden könnten. Er berechnete einen Bedarf von etwa 20 000 Tonnen hochwertige Lebensmittel in der Woche. So kamen die Rotkreuzaktionen (Schwed. Schweizer und international Rotkreuz) zustande. Diese Aktionen erhielten jedes erdenkliche Entgegenkommen. Vor allem war sichergestellt, dass die Sendung tatsächlich nur den Holländer zugute kam. Jetzt bewährte sich die Erhaltung des niederländischen Ernährungsapparates mit Gen. Dir. Louwes nochmals. Der RK sorgte daher, dass Louwes und Gen. Sekr. Hirschfeld unter vier Augen völlig offen mit dem Leiter der schwedischen Aktion Graf Mörner sprechen konnten. Graf Mörner hat dem RK im Namen des Präs. des schwedischen Roten Kreuzes, Kronprinzen, ein Schreiben besonderen Dankes und der Anerkennung des grössten Entgegenkommens geschickt. Der RK drängte auf entsprechende Steigerung der Sendungen. In einer Rundfunkrede vom 7.1. richtete der RK eine öffentliche Aufforderung gewiss auch an die niederländische Regierung in England, die den Niederländern zur Verfügung stehenden Mittel (Auslandsguthaben und Schiffe) für die Versorgung der Holländer einzusetzen. Die Zuspitzung der Ernährungslage wurde vom RK ganz offen - vielleicht die eigenen militärischen Bedenken zurückstellend - geschildert. Dass eine Versorgung von aussen klanglos vor sich gehen kann, hatten die Roten-Kreuz-Aktionen bewiesen. Von diesen ist nichts in deutsche Hände gekommen. Die deutsche Zivilbevölkerung musste die Kartenabschnitte, auf die die Rotenkreuzspenden ausgefolgt wurden, bei ihren Kartenstellen abliefern. Der RK war persönlich so peinlich darauf bedacht, auch nicht nur die Möglichkeit eines Verdachtes zu kommen, dass er es ablehnte, als ihm Gen. Dir. Louwes eine Zusammenstellung der im Luftwege abgesetzten Lebensmittel zusenden wollte, sondern bat ihn, die Kollektion in einem Dienstgebäude des Ernährungsamtes zu zeigen.

Warum diese Anregung vom 7. 1. nicht aufgegriffen wurde, ist nicht bekannt. Jedenfalls hätte sie bis Mitte Februar in Gang sein können und die schwersten Hungerzeiten für Holland hätten vermieden werden können. Mehr konnte der RK von seinem Standpunkt damals nicht tun. Er setzte aber die in diesem Krieg wohl einzig dastehende Tat, dass er sich sobald seine Verantwortung gegenüber dem Reich es zulies, direkt mit den Feinden der Besatzungsmacht in Verbindung setzte, um die nun unausweisliche Hungerkatastrophe zu beenden, in dem er mit dieser Massnahme praktisch die Liquidierung des Besatzungsregimes einleitete. Darüber im Schlussabschnitt mehr. Noch ein Wort zu den militärischen Evakuierungen und Ueberflutungen. Die Truppe hatte den begrifflichen Wunsch, das Kampfgebiet von der Zivilbevölkerung räumen zu lassen. Andauernde Spionagefälle haben diesen Wunsch auch als unumgänglich erwiesen. Der RK und seine Dienststellen trachteten diese Massregeln möglichst einzuschränken. So sollte z.B. das ganze Zwischenstromland geräumt werden. Der RK konnte durch unmittelbare Einwirkung auf den Oberbefehlshaber einen grossteil der Befehle rückgängig machen. Er erwirkte, dass die Bauern an der Grenze des Evakuierungsgebietes bleiben durften, um tagsüber ihre Felder im Evakuierungsgebiet bestellen zu können. Im Gebiet rechts der Maas, auf das wie oben beschrieben der RK keinen Einfluss mehr hatte, waren die Verhältnisse vielleicht durch die Massregeln der dortigen deutschen Verwaltung unhaltbar geworden. Truppe und Zivilverwaltung begannen die Bevölkerung abzuschieben. Obwohl selbst in arger Bedrängnis, erklärte sich der RK bereit, diese Niederländer aus den Südpervenzen in den Nordteil aufzunehmen. Sobald dieselben wieder das niederländische Gebiet - sie mussten über Reichsgebiet geführt werden - wieder erreicht hatten, wurden sie von niederländischen und deutschen Organisationen uebernommen und für sie gesorgt. Dies mögen an 40 000 Menschen gewesen sein. Im Jahre 1944 setzten die Ueberflutungen ein, die die militärischen Dienststellen anordneten, um das Land verteidigen zu können. Auf das "Ob" hatte der RK überhaupt keinen Einfluss, hingegen nahm er einen entscheidenden Einfluss auf das wie. Es ist festgestellt worden, dass bis zur Mitte

1944 durch das Eingreifen der Dienststellen des RK, denen dieser immer seine nachdrücklichste Unterstützung gab, die Hälfte der ursprünglich von der Wehrmacht zur Ueberflutung geforderten Landflächen nicht geflutet sondern erhalten blieben. Wo es irgendwie zu machen war, wurde mit Süswasser und nicht mit Meereswasser geflutet, wclch letzteres den Boden auf Jahre hinaus verdirbt. Es muss aber an dieser Stelle nachdrücklich darauf hingewiesen werden, dass der grösste Flutungsschaden auf der Insel Walcheren durch die Zerstörung der Meeresdämme am Westrande also gegen die offene See infolge der in dieser Absicht erfolgten Angriffe mit schwersten Fliegerbomben erfolgte. Als die Besetzungsmacht den Versuch machte, das Unglück für die Insel durch einen Zwischendeich aufzuhalten, wurde auch dieser durch Flieger zerstört. Das Ergebnis ist die katastrophale Vernichtung dieser Insel in einer viel nachhaltigeren Weise als es durch alle von der Besetzungsmacht an anderen Stellen durchgeführten Flutung geschah. Ueberall wurden nämlich die Meeresdeiche geschont, so dass durch in Gang setzen der Pumpen der Schaden verhältnismässig bald zu beheben sein wird. Auch die Kampfplutung des ^{WIRINGER}Wiringer-Meerpolders wird in 6 Monaten behoben sein können. Zumal die Sprengung dem Ysselsee und nicht dem offenen Meer gegenüber erfolgte und mit Süswasser durchgeführt wurde. Auf Walcheren wurden die Westdeiche durch über schwere Bomben bis in die Fundamente vernichtet, die Meeresfluten strömten in das Land und rissen alle Strassen, Bäume und was am wichtigsten ist, die Ackerkrume fort. Herrk, der bis in die letzten Tage die Insel besuchte, erlebte, dass er eine von ihm benützte Strasse nach 3 Stunden nicht mehr befahren konnte, weil inzwischen die Meereswogen diese in mehr als Metertiefe einfach weggerissen hatten. Zur Wiederherstellung der Westdämme, als Voraussetzung der Erneuerungsarbeiten, werden im Hinblick auf die Fundamentzerstörung Jahre nötig sein. Die ganze Insel wird gewiss nicht vor 10 Jahren wiederhergestellt sein. Die von der Besetzungsmacht durchgeführten Flutungen, die an keiner Stelle das Ausmass von Walcheren erreichten, werden in einem halben

Jahr in Ordnung gebracht sein, die wenigen Salzwasserflutungen auch in der Vegetation in 2 - 3 Jahren ^{25-300/3-13} überwinden sein. Die Vertreter der Besatzungsmacht haben sich wiederholt die Frage vorgelegt, warum diese Zerstörung der Insel Walcheren erfolgte. Militärische Gründe waren nicht erkennbar, zumindest nicht zwingend, um so einen grossen Schaden rechtfertigen zu können. Das einzige, was militärisch dadurch getroffen wurde, waren etwa 5 Landbatterien. Bei dem ungeheuren Bombeneinsatz der Gegenseite hätten 500 Bombenflugzeuge ² genügt diese Batterien zu vernichten, wodurch vielleicht 5 - 10 km Land in Mitleidenschaft gezogen worden wäre, nicht aber die fruchtbarste Insel Hollands zerstört worden wäre. Der Widerstand der eigentlichen Küstenbefestigungen in den ^{Rand}dünen wurde damit doch nicht gebrochen. Der RK begab sich, als die ^Meldung von der Katastrophe kam, sofort auf die Insel. Er beriet mit den örtlichen Stellen, wie der Zivilbevölkerung geholfen werden könnte. Da vor allem Wassermangel und Seuchengefahr drohte, plante der RK eine Evakuierung. Im Hinblick auf die Menschenzahl - wohl an 50 000 - konnte diese nur bei Tag erfolgen. Man wandte sich diesethalben im Wege des Roten Kreuzes an die Feindmächte. Es kam keine Antwort, die Aktion wurde durch die weitere militärische Entwicklung überholt. Muss man bei Erörterung Flutungen allen Vorwürfen gegen die Besatzungsmacht das Schicksal der Insel Walcheren entgegenhalten, so kann der RK überdies für sich in Anspruch nehmen, dass es gerade in dieser Frage eine weitgehende Zurücknahme der ursprünglichen Pläne der Wehrmacht durchsetzte. Mindestens 100 000 ha wurden durch dieses Einschreiten erhalten. Dass der zuständige Fachmann Oberbaurat Kiel gewissenhaft und gründlich seine Sache beherrschte, konnten auch die Gegner feststellen, denn der RK zögerte nicht eine Aussprache zwischen diesem und dem Vertrauensleuten der niederländischen Regierung, die sich in den Haag befanden über die Frage der Flutungen zuzulassen. In welcher Weise aber der RK zuletzt eingegriffen hat, um die allenfalls noch drohende Zerstörung eines Grossteils Hollands zu verhindern, wird im Schlussabschnitt besprochen.

25-5007-20

Diesen Sachverhalt können bezeugen von deutscher Seite die gewesenen: Minister Backe, Gen. Kom. Wimmer, Ritterbusch, Fischböck, H.SS.u.P.F. Rauter, Schöngarth, Ges. Bene, von der Wense, Oberbaurat Kiel, Ob. med. Reuter, Reichsrichter Schwebel, Präs. Völkers, Dr. Schröder, Amsterdam.

Von niederländischer Seite:

Gen. Sekr. Hirschfeld, Gen. Dir. Louwes, Verve, Amsterdam, H.v.d. Vlagt, der schwedische Kapt. Graf Mörnar, der Schweizer H. Pfister.

P O L I T I K.

Diesem Abschnitt muss eine grundsätzliche Feststellung vorausgeschickt werden. In diesem 2. Weltkrieg ging es weniger um Gebiets-erwerbungen oder wirtschaftliche Machtauswertung - so sehr die äusseren Vorgänge auch diesen Charakter haben sollten - als um grundsätzlich politische - man kann schon sagen weltanschauliche Auseinandersetzungen und zwar sowohl gegenüber dem Westen - dem liberal demokratischen System, als auch dem Osten - dem bolschewistisch-kollektivistischen System. Hätte es sich nur um Danzig und den Korridor gehandelt, dann hätte das deutsche Volk diesen Krieg nicht auf sich genommen, eine Kriegsbegeisterung war im September 1939 ohnehin nicht vorhanden. Das deutsche Volk glaubte sich aber einer unausweichlichen Auseinandersetzung mit jenen politischen und geistigen Kräften gegenübergestellt, die den Nationalsozialismus und - wie das deutsche Volk vor allem überzeugt war - den nationalen Lebensbedingungen Deutschlands feindlich entgegenstanden. Die Fronten waren daher - im Westen - der Nationalsozialismus und Faschismus und alles was auf dieser Basis zu stehen glaubte, einerseits und die gesamte bürgerlich demokratische Front einschliesslich der Sozialdemokraten westlicher Prägung andererseits. Ab Juni 1941 stiessen zu dieser Front noch die Kommunisten in der Art, wie sie im Westen vorhanden waren. Daher hatte die militärische Auseinandersetzung immer in jedem

besetzten oder befreiten Gebiet eine weitere politische Auseinandersetzung bzw. Bereinigung zur Folge. Mag dieselbe in der Weise vor sich gehen, dass die Betätigung für die politischen Gegner und schliesslich ihre Organisationen verboten bzw. aufgelöst und diese politischen Gegner in den massgeblichen öffentlichen Funktionsbereichen durch eigene Parteigänger ersetzt wurden oder aber dass die Absicht darauf gerichtet ist, die gegnerische Bewegung organisatorisch und geistig restlos zu beseitigen und deren Anhänger nicht nur völlig aus jeder nur irgendwie öffentlich beachtlichen Tätigkeit auszumerzen, sondern einen Grossteil derselben festzusetzen und deren Vermögen zu beschlagnahmen. In den völkerrechtlichen Erörterungen und Feststellungen war eine solche aus dem politischen kommende und wieder ins politische sich auswirkende Auseinandersetzung nicht vorgesehen. Alle die daher in einem auch völkerrechtlichen Bereich eine Funktion auszuüben hatten, sahen sich daher in einer neuen Situation wobei sie - wie ja immer in solcher Lage - vor der Entscheidung die Gewissensfrage gestellt waren, ob im Einzelfall die Wahrung und Behauptung der ihnen anvertrauten patriotischen Interessen zumal in einer Auseinandersetzung auf Leben und Tod das Grössere - auch moralische-Gewicht haben oder die Rücksichtnahme auf die ihrer Verwaltung unterstehenden Bevölkerung. Mit dieser Gegenüberstellung soll keineswegs dem Satz das Uebergewicht zugesprochen werden - right or wrong, my country - es scheint vielmehr die Beobachtung gewisser Grundprinzipien auf jeden Fall möglich und daher zu fordern sein, die sich aus den natürlichen Lebensgesetzen zumindest des humanistischen - abendländischen und daher auch demokratischen Raumes ergeben und zwar: 1. Die der Bevölkerung eines besetzten oder befreiten Gebietes zugestandenen allgemeinen Berechtigungen dürfen nicht von einem politischen Bekenntnis abhängig gemacht werden, 2. die eigenen, politisch spezifischen Prinzipien und Folgerungen daraus dürfen im Wege der Besetzungsgewalt nur soweit durchgesetzt werden, als dies zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherung des Lebens notwendig ist, 3. einer politischen Minderheit im Lande, die infolge ihrer Ablehnung durch die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung keine

Institut für
 Archiv

25-50017-22
00106
genügende eigene Autorität hat, darf nicht die selbständige und totale Staatsführung überantwortet werden.

Mit dem Ausprechen dieser Grundsätze soll keineswegs behauptet werden, dass der RK sich über deren Richtigkeit und Gegebenheit vom Beginn seiner Tätigkeit an im Klaren war und dass er in seiner Amtsführung nicht wiederholt gegen sie gefehlt hat. Es wird daher zu prüfen sein, ob der RK mit der in ihm selbst entstehenden und zunehmenden Erkenntnis seine Verwaltungsführung im politischen Bereich nach dieser ausgerichtet hat und ob er gegen diese Prinzipien jemals in grundlegender das Leben des niederländischen Volkes bedrohender Weise verstossen hat. Für die politische Linie die der RK einzuhalten hatte, wären vor allem die Weisungen massgebend, die er hierfür vom Führer erhalten hatte. Beachtlich sind ferner die Einflüsse, denen das politische Leben in den Niederlanden ansonsten ausgesetzt war.

Der Führer hat dem RK seine grundlegenden Weisungen bei Uebertragung der Funktion im Mai 1940 gegeben. Späterhin ist der RK noch wiederholt zum Vortrag gekommen. Diese Möglichkeit wurde immer seltener, im Jahre 1944 war der RK niemals zum Vortrag, die Verbindung erfolgte zumeist über den Leiter der Parteikanzlei Bormann, oder den Chef der Reichskanzlei Lammers. Es besteht genügend Grund zur Annahme, dass die Berichte und Meldungen des RK dem Führer im Original vorgelegt wurden und er die Entscheidungen im Originalwortlaut erhalten hat. Der Weg über Bormann war kürzer. Im Mai 1940 erklärte der Führer dem RK - ich will den Niederländern oder Niederlanden- nicht ihre Selbständigkeit nehmen und sie dem Reich einverleiben, wir müssen aber zu erreichen trachten, dass die Niederländer die Orientierung nach England aufgeben und sich für ein Zusammengehen mit dem Reich entscheiden. Hitler meinte, dass bei den Niederländern die wirtschaftlichen Momente ausschlaggebend sein werden. In dieser Unbedingtheit ist der Satz nicht richtig. Auf diesen Irrtum machte der RK die in Frage kommenden Reichsinstanzen schon bald aufmerksam. Die Niederländer werden nicht hart

werden, hoffentlich nicht gegen das Reich. Was die Führung der Verwaltung betrifft, liess der Führer dem RK freie Hand, verwies aber auf die einflusshabenden Instanzen - Vierjahresplan, Polizei, Wehrmacht. Was die Niederländer betrifft, äusserte er - sie werden ja sehen, mit wem Sie zusammenarbeiten können, ich glaube aber, dass es mit den bürgerlichen Parteien nicht gehen wird. Damals war auch von Fentner van Vlissingen die Rede, einem Verwandten von Ribbentrop. Dieser trat auch auf wirtschaftlichem Gebiet anfangs in den Vordergrund, war aber scheinbar bei seinen Landsleuten selbst nicht beliebt, offenbar zu herrschsüchtig. An seine Stelle trat als Sprecher der niederländischen Wirtschaft neben Gen.Sekr. Hirschfeld später Woltersom, der Präs. der Rotterdamer Bank. Eine grundsätzliche Änderung dieser Führerweisung erfolgte auch später nicht, eine Modifizierung insoferne als eine zeitlang der SS Kreis begünstigt zu werden schien. Er drang aber nicht durch, Glaublich im Jahre 1942 äusserte sich der Führer mehr im allgemeinen dahin, dass die Westküste Europas für Deutschland insoferne gesichert werden müsse, dass England dort keine Brückenköpfe besitzen dürfe. Hitler meinte dies im militärischen Sinne. Er sprach nämlich davon, dass die Stützpunktpolitik der Vereinigten Staaten hier ein passendes Präjudiz geschaffen habe. Aus der Betonung militärischer Positionen kann immerhin geschlossen werden, dass der Führer an eine politische Einverleibung nicht dachte. Auch innenpolitisch hat er nicht entschieden sondern insbesondere eine Betrauung Musserts mit der Regierung des Landes abgelehnt. In Einzelentscheidungen versuchte der RK seinen Standpunkt wahrzunehmen. Wo es sich nicht um grundsätzliche und allgemein wirksam geplante Entscheidungen handelte, hat er sich auch durchgesetzt. So kam es am 30. Juni 1940 zu Demonstrationen in den Haag. Der RK nahm sie nicht tragisch. Von anderer Seite - Heydrich - vielleicht auch Wehrmacht, wurden sie übertrieben dem Führer dargestellt. Der damalige Chefadjutant Brückner teilte auf Befehl des Führers dem RK mit, dieser habe sofort 200 Geiseln darunter den Bürgermeister festzusetzen und der Stadt eine Busse von glaublich 5 Mill. fl. aufzuerlegen. Der RK verlangt persönlichen Vortrag vor

Durchführung der Massnahmen und flog am selben Tag ins Hauptquartier. Nach dem Vortrag überliess der Führer die Angelegenheit dem RK, weder Geiseln wurden verhaftet noch eine Geldbusse auferlegt, nur der Bürgermeister verabschiedet, der in aller Ruhe in den Haag weiterverblieb.

Die Parteikanzlei (Bormann) übte ihren Einfluss im Wege der Parteiorganisationen-Arbeitsbereich - aus. Hier liegt offenbar eine gemeinsame Ambition der Gen.Kom. Schmidt und Bormanns vor. Um eine Gauleiter ähnliche Stellung zu bekommen, betrieb Schmidt die Herausnahme der Landesgruppe Niederlande aus der Auslandsorganisation zu einem selbständigen Arbeitsbereich, der unmittelbar der Parteikanzlei unterstand, was wieder Bormann gefiel. Eine staatsrechtliche Idee lag dieser Aenderung kaum zu grunde. Der Arbeitsbereich macht NSB-Politik, er dürfte allerdings die NSB zu stark bemuttert haben, immerhin gab es zwischen den NSBern und den Parteigenossen so etwas wie eine Kameradschaft und gegenseitige Unterstützung. Jedenfalls ist diese politische Haltung niemals von der durch den Führer gegebenen Linie der niederländischen Selbständigkeit abgewichen. Allerdings hat sie durch den sturen NSB Kurs die innenpolitische Entwicklung in den Niederlanden vorzeitig festgefahren. Bormann selbst hat den Wirkungsbereich des RK re-soektiert. Er hat nur zum Schluss unmittelbar über die Parteiorganisation eingegriffen, als die Partei die Aufgabe übernommen hat, die bombengeschädigte Zivilbevölkerung des Reiches mit notwendigen Bedarfsgegenständen zu versorgen, als die Partei den Stellungsbau übertragen bekam, und als die Partei die Heranschaffung von Arbeitskräften zur Wiederinsandsetzung der Verkehrswege im Reich übernommen hatte. Weniger verantwortliche Leute im Reich liessen ihrer Fantasie freien Lauf, teilten die Niederlande in Gane auf und trugen sie stückweise heim. Es bedurfte einiger Anstrengungen um durchzusetzen, dass verschiedene Organisationsformen nat. soz. Gemeinschaftsbetätigung für die Niederlande als eigene niederländische Organisationen mit niederländischer Leitung eingerichtet werden und nicht einfach als territoriale Untergliederungen der Reichs-

organisations errichtet wurden. So haben z.B. die niederländische Arbeitsfront oder der niederländische Volksdienst die Basis für die selbständige Arbeit gehabt.

Wesentlicher, ausgeprägter und eindringlicher war der Versuch Himmlers im Wege der SS Einfluss auf die Verhältnisse und Entwicklung in den Niederlanden zu gewinnen. Es begann über die vom Führer angeordnete Freiwilligenwerbung für die SS Standarte und die Errichtung der sog. germanischen Freiwilligenleitstelle. Diese griff bald in die politische Propaganda ein und schuf sich unter dem Titel Betreuung der Familienangehörigen einen, ihren Einfluss unterliegenden Personenkreis. Himmler schwebte ein germanisches Reich vor, dessen ideologischer und organisatorischer Träger die SS sein sollte. Diese sollte in Anlehnung an mittelalterliche Vorstellungen hiebei den Charakter eines Ordens haben. Die gedankliche vor allem zeitgemässe politische Durcharbeitung war mangelhaft. Himmler machte später Anleihen an Gedankengänge des RK, als dieser versuchte, die ideologische Basis einer solchen Konzeption klarzustellen, um sie aus dem Mechanischorganisatorischen herauszuheben, eine politische Idee zu machen, bei der sich jeder vorstellen könne, wo er im Fall der Realisierung seinen Platz habe, kurz um eine entwicklungsfähige Diskussionsgrundlage herzustellen. Himmler entzog diese Gedanken aber sofort den politischen Raum und machte Befehle daraus. Immerhin in der Theorie waren alle Germanen gleichberechtigt Träger des Reiches, die Deutschen hatten natürlich den Vorsprung ihre politische und soldatische Erfahrung, daher fürs erste den Anspruch auf Führung. Immerhin konnte wenigstens eine niederländische SS äusserlich im Rahmen der NSB gegründet und somit ein zu krasses Präjudiz gegen die Selbständigkeit der Niederlande vermieden werden. Mussert hat mit dieser SS bestimmt keine Freude gehabt, er war eher der leidende Teil, der manches decken musste, was bestimmt gegen seine politische Linie war. Doch war dieser Weg nötig, er liess den offenen Kampf zwischen NSB und SS vermeiden. Die niederländischen SS Führer waren alte Parteigenossen Musserts, bis auf Feldmeyer wahrten

25-700 13-26

00110

sie die Haltung gegenüber Mussert. Das war in dieser Situation schon viel, im übrigen hielt es die Diskussionsmöglichkeit offen, das war noch wichtiger. Die SS und zwar in der von der deutschen Seite gesteuerten Intuition war gegen die sogenannte politische Organisation sei es in Form der NSB zuletzt auch in Form des Arbeitsbereiches der NSDAP. Sie wollte die politische Führung haben. Bei Anerkennung aller Gleichberechtigung hatte die SS für ihren Gesamtbereich doch eine starke Gleichschaltungstendenz. Dagegen nahm der RK Stellung. Schon im Jänner 1941 sprach er in Gegenwart Himmlers vor SS Männern das Wort aus - kein deutscher Imperialismus und kein niederländischer Separatismus. Vor allem aber betonte er die persönliche freie Willensentscheidung als Grundlage jedes politischen Handelns. Die Niederländer zollten reichlich Beifall. Himmler erwirkte irgendwie eine ^{Führer}frühere Entscheidung, dass er die politische Betreuung der germanischen Länder habe. Er machte nun aus der Freiwilligenleitstelle eine germanische Leitstelle. Seine Geschäftsführer waren viel radikaler aber mechanischer als er selbst. Diese germanische Leitstelle kritisierte die Politik des RK heftig. In einer Sitzung der Partei in Berlin nannte der Sprecher der Leitstelle die Politik des RK als weich, ganz verfehlt und gegen den Führerwillen gerichtet. Der Leiter dieser Leitstelle zur Stellungnahme aufgefordert, deckte seinen Sprecher. Daraufhin verbot der RK das Eingreifen der Leitstelle in die Politik in den Niederlanden. Der H.S.S.u.P.F. tat sich schwer. Er musste zwei Herren gerecht werden, er bemühte sich, dem RK gegenüber loyal zu bleiben und bog vieles, was aus Berlin kam, ab. Zuletzt kam der Leiter der Leitstelle selbst um seinen Standpunkt-Betreuung der germanischen Länder - durchzusetzen. Der RK vermied eine Begegnung, vielleicht konnte er wirklich einen Führerbefehl vorweisen, berief sich auf den Affront in Berlin und liess ihn durch seinen Adjutanten abweisen. Dem H.S.S.u.P.F. gab der RK den Befehl, für die sofortige Abreise dieses Leitstellenleiters aus den Niederlanden zu sorgen. So geschah es auch. In den Krei-

Anmerk. der Herausgeber:

x/ Clesingomieu Anton Adriaen Mussert
von der Triester der 1932 in Utrecht gegründeter
National-Socialistischen Bewegung (NSB) und
sowie von einem niederl. Gericht zum Tode ver-
urteilt und 1946 hingerichtet.

Institut für Geschichte - Archiv

sen der niederländischen SS wurde nun die Parole durchgegeben, die aufkam, als Hitler in Oesterreich einzog - ein Volk, ein Reich, ein Führer - das war politischer Unsinn. Der RK hatte schon in einer Rede Mitte 1941 daraufhingewiesen, dass Niederländer und Deutsche nicht ein Volk seien. Die Parole - ein Reich, ein Führer - ist im politischen Raum möglich, vorausgesetzt, dass sie politisch bleibt, also in der Willensentschliessung des Einzelnen und nicht imperialistisch durchgesetzt wird. Aber ein Volk zu sagen und von dieser falschen Basis aus Folgerungen zu ziehen, ist Unsinn. Der RK nahm gegen diese Parole Stellung im Jahresartikel 1945 in der Wochenzeitung der NSB - Volk und Vaterland - um aber klarzustellen, dass es sich hier um eine politische Meinung handelt, zeichnete er den Artikel lediglich - von einem Nationalsozialisten - in der niederländischen SS hat es übrigens Männer gegeben, die, wenn sie aus dem schematisierenden Einfluss Berlins befreit wurden, gedanklich ausserordentlich Beachtliches leisteten. Wenn überhaupt, so hätte sich eine fruchtbringende Ideologie des "germanischen Reiches" von hier aus entwickeln können, tatsächlich ohne Imperialismus und ohne Separatismus vor allem aber unter Aufrechterhaltung der eigenen Gedankenarbeit und Entschliessungsfreiheit.

Mussert hat dem RK in den ersten Wochen seiner Amtsführung einen Besuch gemacht. Er schilderte den politischen Werdegang seiner Partei und liess den Anspruch auf Führung durchblicken. Der RK liess alles offen. Er wusste mit Mussert vorerst nichts anzufangen. Er hatte den Eindruck von einem im Grund bürgerlich nationalistisch denkenden Mannes mit faschistischem Einschlag. Wesentlich geändert hat sich dieser Eindruck auch in Zukunft nicht. Das soll aber keine Kritik gegen Mussert sein, im Gegenteil Mussert war dem RK gegenüber immer ordentlich und aufrichtig. Er betonte immer die Eigenständigkeit und Selbständigkeit der Niederlande. In diesem Sinne hat er mindestens ebenso hartnäckig gegen entgegengesetzte Ideen gekämpft, wie gegen seine politischen Gegner aus der früheren Zeit, nur spielte sich dieser Kampf mehr hinter den

25-30013-29

00113

Kulissen ab. Seine Idee war ein europäischer Staatenbund unter Führung Deutschlands aber mit Selbständigkeit der Niederlande, die Gemeinsamkeit sollte im Wirtschaftsgebiet, der Verteidigung nach aussen und der gemeinsamen Aussenpolitik sein. Mussert sprach auch von eigenen Vertretungen der Niederlande im Ausland, als ob er die spätere Entwicklung in der Sowjetunion vorausgeahnt hätte. Sein Lieblingsgedanke war die "Grossdeutsche Idee" d.h. die Vereinigung aller Niederländer in einem Staat also auch der Flamen aber auch der Ostfriesen, auch die Buren waren mit inbegriffen. Auf Niederländisch Indien verzichtete er in Wirklichkeit niemals. Wegen der grossdeutschen Idee wurde er vor allem von Himmler stark angegriffen. Deshalb kam es zu überflüssigen Spannungen. Der RK musste darob einmal beim Führer sehr deutlich werden. Er verwies darauf, dass gerade der Nationalsozialismus aus ideologischen Gründen sich nicht grundsätzlich gegen diese Idee stellen könne, dass sie aber praktisch politisch keine Bedeutung habe, da die Flamen nichts von den Holländern und die Holländer von den Flamen wissen wollen. Mussert hat auf den Führer einen Eid geschworen. Es handelte sich um einen politischen nicht staatsrechtlichen Eid, also eher um ein Gelöbnis der politischen Gefolgschaft. Der Anreger zu diesem Eid dürfte Gen.Kom. Schmidt gewesen sein und zwar aus folgenden Überlegungen. Bereits damals war die Spannung zwischen der NSB und der SS gross. Letztere warf Mussert vor, dass er Separatist wäre. Um Mussert nun mehr Gewicht vor allen bei den Reichsinstanzen zu geben, dürfte Schmidt Mussert vorgestellt haben, dass er nach Ablegung des Eides auch im Reich unbestritten als der politische Führer in den Niederlanden gelten werde. Nun dem war nicht so. Innenpolitisch sprach nicht alles für diesen Eid. Ein grosser Teil der damals noch zwischen den Lagern stehenden Niederländern wird den Eid nicht verstanden haben und ihn als Akt einer Einverleibungspolitik aufgefasst haben. Aber auch ohne Eid war die ^{Akquis} ~~Akquis~~ fähigkeit Mussert's und der NSB im niederländischen Volk aus einer Reihe persönlicher und sachlicher Gründe fraglich. Im eigenen Lager bedeutete der Eid einen Aufruf zur

Gefolgschaft an den Nationalsozialismus. Mussert war der Meinung, je grösser die Leistung der Niederländer für diesen Krieg sein würden, umso mehr Anspruch hätten sie auf volle Gleichberechtigung. Er meinte ferner, dass die Niederländer unter einer eigenen niederländischen Regierung viel bereitwilliger wären, sich an diesen Kriegsanstrengungen zu beteiligen. Er strebte daher die Staatsführung an, es dürfte sein Berater Capp gewesen sein, der die Idee anbrachte, dass die verfassungsrechtliche Voraussetzung für die Bestellung eines Regenten gegeben sei. Der Raad van State sollte vom RK entsprechend personell ausgestattet werden, dieser sollte sodann Mussert als Regent bestellen. Ueber das Projekt wurde zwischen dem RK und Mussert wenig gesprochen, aber ein schriftliches Elaborat vorgelegt, das sichtlich die Marke Carp trägt. Jedenfalls hat aber Mussert dem RK gegenüber die Frage des Verbleibens des Hauses Oranien nicht angeschnitten. Der RK hatte für dieses Projekt, Mussert als Regent, keine richtige Meinung, es war ihm zu konstruiert, er bezweifelte dass es der Ausgangspunkt einer wirklichen politischen Entwicklung sein könnte, weil er in weiteren niederländischen Kreisen hierfür keine Bereitschaft fühlte. So ein politisches Scheingeschäft konnte die Situation nur schwieriger machen. Er liess sich daher nicht einmal auf eine vorbereitende Aenderung des Raad van State ein, sondern dieser amtierte in der alten Zusammensetzung weiter als eine verwaltungsrechtliche Instanz. Zur Meinungsbildung des RK hat ein Gespräch mit Gen. van Dam wesentlich beigetragen. Offenbar war in Parteikreisen von diesem Projekt gesprochen worden und dasselbe zu Ohren Dam's gekommen. Dieser meldete sich beim RK und stellte ihm in eindringlichsten Worten die Unmöglichkeit ja Verderblichkeit eines solchen Schrittes vor. Die Niederländer würden wohl die Anordnung des RK als die einmal vorhandene Autorität hinnehmen, gegen eine Regierung Mussert würden sie sich aber aufbäumen. Es dürfte anlässlich eines Vortrages beim Führer, vielleicht im Jahre 1942 gewesen sein, an dem Gen.Kom. Schmidt, Dr. Lemmers und Bormann teilnahmen. Im Gespräch deutete Schmidt die Möglichkeit einer Regierung

Mussert etwa nach norwegischem Muster an. Der RK legte auf Be-
fragen des Führers die von Mussert erhofften Vorteile - Mitar-
beit der Niederländer - und die von anderer Seite besorgten Nach-
teile dar. Dass Mussert auf Grund eigener Autorität bestehen könn-
te, verneinte er. Der Führer entschied gegen eine Regierung Mus-
sert " der sich ja doch nur mit Hilfe der deutschen Machtmittel
halten könnte. Da sei es besser die Verantwortung selbst und un-
mittelbar zu tragen." Ende November 1942 war der RK mit Mussert
im Führerhauptquartier. In der allgemeinen Besprechung sprach der
Führer Mussert als den Führer des niederländischen Volkes an. Dies
war für den RK vollkommen überraschend. In der vorhergegangenen
Einzelbesprechung hatte Hitler keine solche Andeutung gemacht. Es
war damals die kritische noch nicht entschiedene Situation um Sta-
lingrad und die Landung in Nordafrika. Möglicherweise wollte Hit-
ler damit Mussert und der NSB einen besonderen Auftrieb geben.
Staatrechtliche, ja nicht einmal politische Folgerungen hat der
RK aus dieser Titelverleihung nicht gezogen. In dem Masse, in dem
die militärischen Dinge in den Vordergrund traten und die politi-
schen in den Hintergrund, rückte die NSB aus dem Vordergrund der
niederländischen Geschehnisse. Mussert selbst wurde vom RK über
die Geschehnisse auf dem Laufenden gehalten, der Wirkungsbereich
war aber etwas abgesetzt worden.

Als der RK sein Amt antrat, hatten sich die Volksvertretun-
gen im Lande (Generalstaaten) und in den Provinzen (Provinzstaaten)
vertagt. Sie wurden in ihrer gesetzgeberischen Funktion, wie es
für ein Besatzungsregime selbstverständlich ist, ausgeschaltet,
aber nicht verfassungsrechtlich beseitigt. Die Deputierten durften
ihre Diäten weiter bezogen haben. Die Einwirkung auf die Aenderung
an dem Verwaltungsapparat wurden bereits im Abschnitt allgemeine
Verwaltung geschildert. Hier sei nochmals auf das Verhalten gegen-
über den Gen.Sekr., ^{KOMMISSAREN} Prov.Kasernen, Bürgermeistern, dem Ernährungs-
apparat und auf die Zusammenarbeit mit den Gen.Sekr. insbesondere
mit Frederiks und Hirschfeld verwiesen. Beispiele späterer Be-
satzungsregimes beweisen jedenfalls eine bemerkenswerte Zurückhal-

23-30013-32

00116

tung des RK, obwohl sich der RK darüber im Klaren sein musste, dass für den Fall der Zuspitzung der Lage auf die Nichtnationalsozialisten kaum oder nur in sachlich einbegrenztem Umfang ein Verlass sein werde, Dem RK war es auch aus seinen früheren Erfahrungen klar, dass in so einer Situation, alles als Gelegenheit zu einer illegalen Betätigung benützt werden wird. Kein Briefmarkensammlerverein ist so harmlos, dass er nicht die Deckung für Zusammenkünfte und Propaganda illegaler Art abgeben könnte. Der RK entschloss sich daher für das Vereinsleben ein Kontrollorgan im Stillhaltekommissar zu schaffen. Dass dieser auch mit Vereinsauflösungen vorging, lag in der notwendigen Vereinfachung der Überwachung. Seine Vermögensgebahrung wurde - wie bereits erwähnt - kontrolliert. Doch liess der RK nicht alle Vereine auflösen, auch dann nicht, wenn er Ersatzorganisationen geschaffen hatte, insbes. auf Gebieten, die unmittelbar die niederländische Volkswohlfahrt förderten. Die humanitären Vereine insbes. der Kirchen, blieben bestehen, ebenso die sehr ausgebreitete und wirkungsvolle Organisation des niederländischen Grünen Kreuzes. Dass Sammlungen kontrolliert werden mussten, ist klar, aber Wohltätigkeitssammlungen in gewissem Umfang in den Kirchengemeinden blieben zulässig. Mit der Auflösung oder Stillhaltung der politisch ausgerichteten Fachvereine verschiedenster Art ergab sich die Notwendigkeit der Zusammenfassung der Berufsgruppen, um sie für Anordnungen der Verwaltung ansprechbar zu machen. Es wurden daher Berufsvereinigungen gebildet mit Zwangsmitgliedschaft z.B. Ärztekammer, auch der Landstand gehört hierher. Letzterer schien übrigens einen guten Start nehmen zu wollen, da die wichtigsten Bauernschaften, Groningen und Seeland nicht abgeneigt waren. Leider ging mit dem Tod Graf Grottes der politisch erfahrene Mann verloren. Mr. von der Wense verfügte nicht über die politischen Erfahrungen und Autorität und daher ging die Sache in unrichtige Hände und Bahnen. Der RK verzichtete daher auch darauf, aus dem Landstand ein besonderes Instrument zu machen. Er gab ihm z.B. niemals obrigkeitliche Funktionen, diese blieben beim alten staatlichen Ernährungsapparat.

z.B. Düngemittelverteilung obwohl von politischer Seite wiederholt darauf gedrängt wurde, dem Landstand durch Uebertragung solcher Funktionen mehr Auftrieb zu geben. Auch die Einhebung der Mitgliedbeiträge liess der RK nie zwangsweise vornehmen oder von der Zahlung des Beitrages irgendeine landwirtschaftliche Berechtigung abhängig machen. Aus Ärztekreise erfolgte in den Niederlanden der stärkste Widerstand, daher auch gegen die Aerztekammer. Es mag sein, dass die Aerzte befürchteten, im Wege der Kammer zu den spez. natsoz. Prinzipien oder was als solche angesehen wird, gezwungen zu werden z.B. zur Zwangssterilisation oder zu Todeshilfe bei unheilbaren Irren. Der RK dachte hiemals an derartige Dinge, er zog auch keine Konsequenz aus der Verweigerung der Teilnahme an der Aerztekammer. Nicht nur dass er eine Streichung der nichtzahlenden Aerzte aus der Berechtigungsliste ablehnte, liess er auch hier die zwangsweise Einhebung der Mitgliedbeiträge nicht zu. Also wo^{ll} gesetzliche Mitgliedschaft, kein Zwang zur Ausübung. Die Organisation war dann nichts anderes als eine Nachrichten und Weisungsvermittlungsstelle für die Besatzungsmacht. Politisches Leben kann man nicht mit Gewalt einhauchen es gab aber auch Organisationen, die wann auch nicht parteipolitisch, so doch politisch gedacht waren z.B. die niederländische Arbeitsfront. In diesem Falle war Mitgliedschaft vollkommen freiwillig. Sie wechselte auch ständig. Die Mitgliedschaft blieb lange Zeit auf gleicher Höhe, aber die Mitglieder selbst hatten sich fast völlig ausgewechselt. Kein ausscheidendes Mitglied hat irgendeinen Nachteil erfahren. Kein Mitglied bekam irgendeinen Vorteil als den, der in den Satzungen festgelegt war. Allgemeine Berechtigungen waren von der Mitgliedschaft bei der NAF nicht abhängig. Der niederländische Volksdienst war naturgemäss eine freiwillige Organisation. Seine Betätigung aber unparteilich nach der Bedürftigkeit der Beteiligten bestimmt. Uebrigens hat sich dieser Volksdienst eine gewisse Anerkennung im niederländischen Volk vor allem in Arbeitervierteln erworben. Wie bereits erwähnt wurden auch andere humanitäre Vereine be-

Institut für
 Archiv
 25-70017-73

stehen gelassen.

28-70013-34

Der RK hat den Gebrauch der niederländischen Staatsflagge nicht verboten. Sie wurde früher vielleicht niemals soviel von Privatpersonen bei allen möglichen örtlichen und zeitlichen Gelegenheiten gezeigt. Auch von der Orangefarbe wurde ausgiebigst - fast bei jedem Strassens^{festen} - Gebrauch gemacht. Der RK erhielt Reklamationen besonders aus Parteikreisen. Ihn störte dies nicht. Mussert hatte neben der Parteifahne die alte Prinzenflagge (Orange, blanje, bleu) gewählt. Der RK sah darauf, dass bei Veranstaltungen an denen Niederländer teilnahmen, immer auch diese Flagge aufgezogen wurde, Bei solchen Veranstaltungen wurde auch eine Strophe des niederländischen Nationalliedes (Wilhelmus) gesungen oder gespielt, obwohl wiederholt Partei und SS Kreise beanstandeten, dass dies alte Kirchenlied gesungen wird. Der RK erhielt daran fest, nicht nur weil es musikalisch ein schöner Choral war. Vielleicht haben gegnerische Kreise daran Anstoss genommen, dass ihr Lied und ihre Flagge so bei natsoz. Kundgebungen missbraucht werde. Sie sollen bedenken, dass diese Verwendung auf jeden Fall das niederländische Nationalbewusstsein gestärkt hat für den RK war es die Anerkennung des selbständigen niederländischen Volkstumes.

Als der RK in die Niederlande kam, trachtete er sich über die politischen Verhältnisse zu orientieren. Er fand ähnlich wie auf kirchlichem Gebiet neben den grossen Gemeinschaften bzw. Parteien eine grosse Aufsplitterung vor. In Gesprächen mit Politikern auch der Systemparteien versuchte der RK die Einstellung und Bereitschaft der politischen Parteien, zur neuen Lage festzustellen. Vielleicht hat er damals eine Erfahrung noch nicht berücksichtigt, die er später gewonnen hatte, nämlich, dass der Niederländer auf irgendwelche Ereignisse viel langsamer reagiert, als der Deutsche, besonders der Süddeutsche. Schweigen und Zurückhaltung bedeutet lange Zeit weder Ablehnung noch ein Sichabfinden. Die bemerkenswerteste Unterredung fand mit dem gewesenen Ministerpräsidenten Colyn statt. In einer mehrstündigen

Unterredung- bei der Colyn so nebenbei darauf hinweis, dass er
in dem Hotel, in dem der RK zwei Zimmer bewohnte, ²⁵⁻³⁰⁰¹³⁻⁷⁵ Institut f. Zeitgeschichte
München
ARCHIV
398/52
Stockwerk für sich hatte - wurde die Lage eingehend erörtert.
Colyn hat im Anschluss eine Broschüre geschrieben, in der er
unter Betonung der taktischen Notwendigkeit ein Verhalten mit
der Besatzungsmacht und indirekt sich selbst als Führer eines
Parteiführerrates empfahl. Seinen Standpunkt im Augenblick
zwischen den Feindmächten wählend, hatte er sein "Standbein"
nach wie vor in England, Etwas Erspriessliches konnte daraus
auf die Dauer nicht werden. Unter den Papieren Colyns entdeckte
man übrigens einen klaren und offenkundigen Spionagefall aus
dem 1. Weltkrieg. Colyn hatte Einzelheiten und Baetermine
deutscher Kriegsschiffe nach England durchgegeben. Dies und
eine persönliche Angelegenheit wollte man in Berlin gegen ihn
benützen. Der RK verhinderte dies. Colyn erhielt mit seiner
Frau und einem Neffen einen Aufenthalt in einem deutschen Bad
zugewiesen, wo er bis zu seinem Lebensende verweilte. Interes-
sant war einer seiner Aussprüche. Als der RK auf den Begriff
der Volksgemeinschaft zu sprechen kam, äusserte Colyn, ein cal-
vinischer Bauer werde sich niemals von einem Katholiken führen
lassen. Für den Einwurf des RK, ob sich nicht ein niederländi-
scher Bauer von einem niederländischen Bauernführer führen las-
sen werde, hatte er kein Verständnis. Das dürfte inzwischen in
den Niederlanden doch etwas anders geworden sein. Der von Colyn
angeregte Parteiführerrat entwickelte sich nicht. Die Parteien
verharrten in der scharfablehnenden Haltung der Vorraizeit,
die im deutschen Volk nicht mehr als neutral empfunden wurde.
Infolgedessen ging der RK schliesslich mit dem Verbot der Be-
tätigung der Parteien vor, nur die sozialdemokratischen und
kommunistischen Parteien wurden aufgelöst. Ob ihrer parteipoli-
tischen Betätigung ⁷ ¹ allen widerfuhr weder Führern noch Parteian-
gehörigen ein Nachteil. Inzwischen hatte sich eine neue Grup-
pierung unter der Führung des Kommissars von Groningen Lint-
horst- Roman, dem kathol. Universitätsprof. de Quay und dem

Polizeipräsidenten von Rotterdam Eindhoven gebildet. Sie nannte sich niederländische Union. Diesen Bemühungen muss nachgesagt werden, dass sie sich nicht nur im Negativen, nämlich der Behauptung gegen die Besatzungsmacht und den Nationalsozialismus gefunden hatten. Es war der ernstgemeinte Versuch, sich mit den grundsätzlichen Erscheinungen der im Reich verkündeten völkischen und gesellschaftlichen Ordnung auseinanderzusetzen und einen niederländischen Sozialismus auf der Basis der niederländischen Volksgemeinschaft zu schaffen. Natürlich wurden diese Versuche in nat.-soz. Kreisen mit Misstrauen beobachtet, aber Gen.Kom. Schmidt war lange Zeit ein Förderer dieser Bemühungen. In ernster Gedankenarbeit wurden im Blatt der niederländischen Union alle Probleme erörtert und geraume Zeit war auch die Stellungnahme zum Reich und Nationalsozialismus objektiv. Die Spannungen kamen von der niederländisch-innenpolitischen Seite. Die NSB und die übrigen Nat.-Soz. Splitterparteien sahen bald in der Union ihren Hauptgegner. Es gab Zusammenstöße von zunehmender Schärfe. Diese wurde vielleicht von der NSB in die Auseinandersetzung getragen, weil sie sich im Schutze der Besatzungsmacht glaubte. Der zunehmende Gegensatz zwischen SS und NSB führte dazu, dass die deutsche Polizei ein scharfes Auge auf die NSB hatte. Es verging kaum eine Woche, dass nicht mindestens ein NSBer von der deutschen Polizei wegen Ordnungswidrigkeiten verhaftet wurde. Sei es, dass er sich Amtsbefugnisse angemasst, sei es dass er Tötlichkeiten begangen hatte. Jedenfalls aber wurde die Union in eine immer schäferere Stellung gegen die NSB, sohin gegen den Nationalsozialismus und schliesslich gegen die Besatzungsmacht gebracht. Sie wurde der Sammelplatz bald weniger für die Verständigungsbereiter, als für die Protestler. Die Entwicklung war bedauerlich. Die Führung, vor allem Lindhorst-Homann kann kein Vorwurf gemacht werden. Er suchte, solange es ging, einen Weg positiver Entwicklung zu finden, wobei er aber sowohl den niederländischen Standpunkt als auch seine Treue zum Königshaus klar und deutlich hervorhob und zur Geltung

Institut für
 Völkische
 Politik

brachte. Wäre die Gesamtentwicklung im Westen anders gegangen, so hätte diese Gruppe zweifellos eine grosse Aufgabe gehabt. Anders heisst vor allem, dass die kriegerische Auseinandersetzung aufgehört hätte, das heisst aber nicht totaler deutscher Sieg. Denn in diesem Falle wäre der Kurs in Berlin der niederländischen Union als ungenügend befanden worden, vielen genügte ja nicht einmal der NSB Kurs. Als es dann zum Krieg im Osten kam, war es anders. Wer durfte glauben, dass es im Osten einen Blitzfeldzug geben kann? Ein langjähriger Krieg musste aber zu den äussersten Anspannungen militärisch, politisch und wirtschaftlich und zwar auf beiden Seiten führen. Wer da nicht aus innerer Ueberzeugung mit dem Nationalsozialismus geht, konnte auf die Dauer nicht durchhalten. Die ins unabsehbare gewachsene Organisation der Union (500 000 Mitglieder) wurde zum Sammelplatz nicht nur des bürgerlichen Widerstandes sondern zum Teil der Unterschlupf für illegale Bestrebungen. So wurde sie zu einer Gefahr für die Besatzungsmacht und musste aufgelöst werden. Als sich die Verhältnisse sich später zuspitzten, verlangte die Polizei die Ueberführung der Führer auch Linthorst-Homann' in das Internierungslager Michelgestel, wo sie eine zeitlang angehalten wurden. Eine andere Behandlung durch die Besatzungsmacht hätte vielleicht in verschiedenen niederländischen Kreisen Erstaunen und Zweifel geweckt. Ebenso wie die Union wurden damals die übrigen Parteien aufgelöst, auch die nat-soz. Splitterparteien lösten sich nicht ohne Nachdruck des RK auf, der z.B. für die ^{NSNAP} NSDAP des Herrn Rappard keinen politischen Raum sah, da sich dieser auf den Standpunkt: Niederländer ist Deutscher und der Einverleibung ins Reich stellte. So blieb nur mehr die NSB und die politisierende SS. Dies bedeutete aber nur einen Monopolstandpunkt in der politischen Propaganda nicht aber die Parteitotalität im politischen Bereich.

Wenn es nicht möglich war auf Grund der allgemeinen Lage und der Entwicklung im Westen und der besonderen politischen Ansichten im Reich einen niederländischen Sozialismus nach Art der Union zu einer formbildenden und tragfähigen Basis zu machen bzw.

werden zu lassen, wobei auch diese Gruppe keinen Anspruch auf Totalität gehabt hätte, dann blieb tatsächlich nur die NSB als Weggefährte übrig, wobei man trachten musste, die politischen Themen nicht in Parteidogmen erstarren zu lassen. Daher der Versuch, andere Diskutiermöglichkeiten offen zu lassen z. B. in der SS aber mehr geistig gedacht in Vortragsreihen des RK "Europa im Umbau" oder in Zeitschriften z.B. der Zeitschrift "Westland", der niederländischen-^{deutschen} Kulturgemeinschaft, deren Mitglieder der Mehrzahl nach nicht NSBer waren usw. Auch die Organisationen niederländischer Volksdienst, niederländische Arbeitsfront, Landstand usw. wurden bewusst nicht zu Parteigliederungen gemacht, um für eine natsoz. ^{auch} Betätigung nach ausserhalb der Parteihierarchie und Bindung einen Raum zu lassen. Der NSB wurde im politisch-propagandischen Raum jede Möglichkeit und Förderung der Betätigung gegeben, aber durchsetzen musste sie sich selbst und durfte nicht erwarten, dass sie durch die Besatzungsmacht in den Sattel des Staatspferdes gehoben werde. Dies wurde zwischen RK und Mussert ganz offen erörtert. Damals kam die Erklärung des Führers, Mussert als Leiter des niederländischen Volkes zu betrachten. Das konnte dahin ausgelegt werden, dass Mussert jetzt tatsächlich die Staatsführung übernehmen sollte. Vielfach wurde es auch erwartet. Der RK hatte aber inzwischen die Aufgabe der NSB klargestellt. Die NSB sollte in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsbereich durch ihr Wort und ihr Beispiel die Niederländer zum Nationalsozialismus führen. Wenn sie dies Ziel erreicht, hat sie den Anspruch auf die Führung im Staat. Dies hat der RK öffentlich erklärt, an diese Erklärung hat er sich immer gehalten, und dagegen kann auch kein Demokrat zumal für ein Besatzungsregime etwas einwenden. Nirgends wurden die staatsrechtlichen Möglichkeiten der Besatzungsmacht dafür verwendet, um die NSB in eine staatliche Funktion zu bringen. Diese Möglichkeit hätte sich bestimmt z.B. in der neuen Gemeindeordnung ergeben, indem Gemeindevertreter aus NSBern eingesetzt

Institut für

worden wären. Die NSB hat damals das staatspolitische Sekretariat erhalten. Dies war und wurde nichts anderes als ein Beratungsorgan für deutsche Behörden, aber auch nicht mit Monopolstellung. Dieses Sekretariat versuchte insoferne zu einem Staatsorgan zu werden, als es sich direkt an niederländische Aemter um Auskünfte manohmal sogar mit Weisungen wandte. Als der RK dies hörte, stellte er dies sofort ab, und liess auch die niederländischen Behörden über den Berechtigungsumfang des Sekretariats orientieren. Richtig ist, dass eine grössere Anzahl von NSBern in staatlichen Funktionen verwendet wurden. Das lag im notwendigen Interesse der Besatzungsmacht. Wäre dem nicht so gewesen, so wäre im 2ten Halbjahr 1944 wahrscheinlich der Grosse teil der niederländischen Verwaltung durchgegangen. Aber es muss festgehalten werden, dass alle diese Männer, sobald sie eine staatliche Funktion hatten, sich bemühten ihre staatliche Aufgabe z.B. als Bürgermeister zu erfüllen und durchwegs den Parteimann in die zweite Linie stellten. Es ist ja bezeichnend, dass nahezu alle NSBer, die in staatliche Funktionen kamen, mit der Zeit in eine Spannung zur Partei zumindest zum sogenannten Hauptquartier in Utrecht gerieten. Gerade unter den Bürgermeistern dürfte sich die Mehrzahl ihres unermüdlchen auch den deutschen Dienststellen gegenüber unerschrockenen Auftretens in der Krisenzeit ab September 1944 die Anerkennung ihrer Mitbürger erworben haben. Mehr als einer der von einer Mehrmacht- oder Polizeistelle wegen seines Auftretens verhaftet werden war, musste vom RK ^{Uw} von seinem Beauftragten aus der Haft herausgeholt werden.

Schon das Jahr 1943, verstärkt das Jahr 1944 brachte keine Steigerung im NSB Kurs, der sich ohnehin nur propagan distisch ausgewirkt hatte. Als mit Mitte 1944 die schwere Zeit kam, zögerte der RK nicht, die politische Zielsetzung zur Gänze zurückzustellen. Er schuf in Holland eine Art Koalitions regime bestehend aus Gen.Sekr. Hirschfeld, Gen.Dir. Louwes,

Institut für
 Geschichte
 der
 NSDAP

H. Woltersom, Bürgermeister Müller und Voute. Diese Männer haben in einvernehmlicher Arbeit vom RK, dieses Land über die schwerste Zeit hinweggeführt.

Eine Prüfung des Abschnittes Politik wird ergeben, dass abgesehen von menschlichen Irrungen und Fehlern der RK anfangs unbewusst später aber immer bewusster die Grundsätze gewahrt hat, die - oben entwickelt - im Stande wären, im politischen Bereich die völkerrechtlichen Regelungen der Haager Landkriegsordnung wirksam zu ergänzen.

Diesen Sachverhalt können bestätigen von deutscher Seite die
gewesenen: Reichsminister Dr. Lammers, Gen.Kom. Dr. Wimmer, Ritterbusch, H.SS.u.P.F. Rauber, Chefadj. Brückner, Reichsrichter Schwebel, Präs. Völkers, Schröder Amsterdam, Ges.Bene.

Von niederländischer Seite:

Gen.Sekr. Hirschfeld, Gen.Sekr. Frederiks, van Dam, Bürgermeister Voute, Müller, Gen.Dir. Louwes, Gen.Sekr. Verwey, Linthósthoman.

Res. Linthósthoman

Die vorhergehenden Abschnitte dieses Tätigkeitsberichtes geben ein Bild davon, wie der RK seine Aufgaben im besetzten niederländischen Gebiet aufgefasst und wie er sie angesichts der Gegebenheiten und Einwirkungen von aussen zu realisieren getrachtet hat. Es wird wohl festgestellt werden können, dass das Ergebnis bis Mitte 1944 für das ganze niederländische Volk ein nicht unbefriedigendes war und die Niederländer bis dahin den totalsten jedenfalls verderblichsten aller Kriege ganz gut, jedenfalls besser überstanden haben, als wenn die Verhältnisse sich so wie im ersten Weltkrieg entwickelt hätten. Und doch hätte jeder Niederländer es als nicht zu erwartenden Glückfall betrachtet, wenn er die Gewissheit gehabt hätte, dass das niederländische Volk als solches die deutsche Besatzungszeit nicht schlechter überstehen werde, als die eigene Regierungszeit ausserhalb Krieg und Blockade vom Jahre 1914 - 1918. Wie bereits angedeutet, wäre es für den RK vielleicht besser und leichter gewesen, im September 1944 die vollziehende Gewalt auf die Wehrmacht übergehen zu lassen, bestimmt nicht besser für die Niederländer. Das, was heute als Exzesse dieser Zeit gewertet wird, wäre ebenso eingetreten, nur wäre dann niemand da gewesen, der Land und Leute so kannte wie der RK und immer mildernd und halbwegs ordnend hätte eingreifen können. Im gesamten grossdeutschen Interessengebiet ^{bereich} hat es aber bestimmt niemanden gegeben, der die Initiative und den Entschluss und die Autorität aufgebracht hätte, mit der Besetzung praktisch Schluss zu machen und so Land und Leute aus der grössten Gefährdung der schon kaum mehr überschaubaren und steuerbaren Zuckungen dieses Krieges herauszuhalten und die unausweichliche Katastrophe abzuhalten.

Als die Lebensmittelzufuhr nach Holland im Herbst 1944 total in Unordnung geraten war, ja aufgehört hatte, griff der RK ein. Aus seiner Initiative entstand die Zentralreederei, die unter seinem andauernden Schutz über 200 000 Tonne Lebensmittel

zuföhren konnte.

25-50013-42

00126

Sein Eingreifen ermöglichte den klaglosen Ablauf der Aktionen des schwed. und internationalen Roten Kreuzes, wie vom Ausland anerkannt wurde. Zugleich die Möglichkeit aufzeigend, diese Aktionen in grösserem Umfange durchzuführen. Er hat damals in Holland unter Rückstellung aller politischen Zielsetzungen ein geradezu autonomes Verwaltungsregime eingeföhrt.

Als die Kanadier nach Norden durchstiessen, hat der RK in dem bereits belagerten Groningen zur Kontrolle seiner Dienststellen weilend, den Weg nicht ins Reich genommen, wie manche Niederländer erwarteten, sondern ist nach den Haag zurückgekehrt, in dem Bewusstsein, seine Verantwortung bis Schluss tragen zu sollen. Der RK rechnete damit - er hat es in Gesprächen mit seinen Mitarbeitern offen ausgesprochen - dass das zusammenbrechende Reich in seinen letzten Äusserungen zu einer Katastrophenpolitik kommen könne, die zumal in einem so empfindlichen Land wie Holland zur Vernichtung föhren könnte. Die "Gotenschlacht" in der alles zugrunde geht, war in manchen Köpfen zur fixen Idee geworden. Der RK hat schon im ersten Halbjahr 1944 Dr. Goebbels vor so einer Auffassung gewarnt. Das Volk will leben! Tatsächlich kam der Befehl "Verbrannte Erde". Er bedeutete den Auftrag zur Zerstörung aller technischen Anlagen einschliesslich Deiche und Schleussen, in Holland die Vernichtung von 2/3 des Landes. Die Durchführung oblag damals schon der Wehrmacht, in Zusammenhang mit der technischen Abteilung des RK. Der RK benützte aber die Möglichkeit eines Zusammentreffens mit Min. Speer, wobei er innerhalb von 20 Stunden 12 Stunden im Auto fuhr, und erwirkte die Aufhebung dieses Befehls für Holland. Jetzt blieb nur die Gefahr der Kampfflutungen für den Fall eines feindlichen Angriffes und der herankommenden Hungerkatastrophe. Der RK hatte sich schon vorher im Einvernehmen mit dem Oberbefehlshaber Gen. von Kleffel brieflich im Kurierweg an den Führer persönlich gewandt gehabt und diesem die Möglichkeiten einer Verteidigung Holland geschildert, hiebei insbesondere auf die

25-30012-43

Unmöglichkeit der Verteidigung bei einer verhungerten Bevöl-
 kerung aufmerksam gemacht. Er frag an, ob es nicht besser
 wäre, Holland zu räumen und Truppenmaterial in die Verteidigungs-
 front des Reiches zu bauen. Der RK bekam keine Antwort. Wahr-
 scheinlich fehlten die Verkehrsmittel für eine solche Marschbe-
 wegung. Angesicht der nun doch drohenden Katastrophe fasste
 der RK einen Entschluss, der glaublich in keinem der besetzten
 Gebiete gefasst worden ist. Er wandte sich auf eigene Verant-
 wortung - der Oberbefehlshaber nahm nur Kenntnis - an die von
 seinem Standpunkt illegalen Vertrauensmänner der niederländischen
 Regierung in England mit dem Vorschlag, Holland ausser Streit
 zu stellen, dann werden alle Sprengungen unterbleiben, und da-
 für die Versorgung der Bevölkerung durch Zufuhr von aussen sicher
 zustellen. Einen solchen Schritt hätte - besonders angesichts
 drakonischer Massnahmen gegen sog. defaitistisches Verhalten
 im Reich - niemand ausser dem RK gewagt. Dieser entschied sich
 dafür, angesichts der Interessenabwägung Reich - Holland. Der
 Oberbefehlshaber Blasekowitz hatte die grösste Sorge. Eine
 Meldung war über den englischen Rundfunk gegangen, die Heeres-
 gruppe(Genfeldmarschll Busch) frag an, was los sei. Gen.Oberst
 Blasekowitz bat noch in der Nacht den RK, zu ihm zu kommen.
 Der RK erklärte, die volle Verantwortung zu übernehmen. Dass
 mit der Uebernahme der Versorgung durch den Gegner praktisch die
 Verteidigung Hollands unmöglich und die Besetzung beendet war,
 hat der RK mit klaren Worten dem Gen.Sekr. Hirschfeld, H. Wolter-
 son und Bürgermeister Müller erklärt: " Wir wollen die Besetzung
 in Anstand beenden, verlangen denselben aber auch für uns." Dass
 die Ereignisse sich schliesslich überstürzten, wusste damals nie-
 mand. Am 30.April sprach Gen. Smith Stabschef des Oberbefehls-
 habers, noch von 60 Tagen Waffenstillstand und folgender Kapitu-
 lation. Der RK verwies auf die militärische Führung. Auf die Fra-
 ge, wenn es eine solche in zentraler Verantwortung nicht mehr
 gebe, antwortete der RK, dann werde er wissen was er zu tun habe.
 In der Besprechung am 30.4. zeigte der RK möglichstes Entgegen-

kommen. Die Versorgung der Hölländer kam schleunigst in Gang, direkt an den niederländischen Ernährungsapparat. Der RK selbst nach Flensburg gerufen, bat Großadmiral Doenitz, den Sprengbefehl für die militärische Führung widerrufen und die Sprengstellen entladen zu lassen. Dieser Befehl ist auch tatsächlich vom OKW an die Heeresgruppe herausgegeben worden. Der RK hat also gewußt, was er zu tun hatte, um jede weitere Gefahr für Holland auszuschalten. Nun wollte er wieder nach den Haag zurück, um seine Tätigkeit abzuschliessen. Der Rückweg über See war nicht mehr möglich, er fuhr auf eigenes Risiko mit dem Wagen los.

Die deutsche Besatzung und Zivilverwaltung hat trotz dem Zusammenbruch des Reiches bis zum Ende Disziplin gehalten, wie Holländer selbst anerkannt haben, auch dies sicher nicht ohne Einfluß und Beispiel des RK. Der RK hat die Besetzung Hollands im kritischen Augenblick zur Wahrung von Land und Leuten aus eigenem Entschluß und in eigener Verantwortung praktisch beendet.

Dafür können zeugen von deutscher Seite: die gewesenen! Gen. Oberst Blaskowitz, Gen. Kleffel, Gen. Feldmarschall Keitel, Gen. Kom. Wimmer, Ritterbusch, stev. SSUPF Schöngarth, Ges. Bene, Reichsrichter Schwebel, Präas. Völkers.

Von niederländischer Seite :

Gen. Sekr. Hirschfeld, Gen. Dir. Louwes, H. Woltersom, Müller, Voute, v.d. Vlugt.

Nürnberg, den 2. Oktober 1945

gez. Dr Arthur Seyss-Inquart.